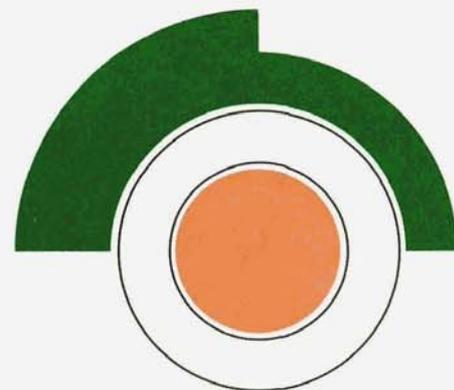


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 19



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 24. Jahrgang, 11. Wahlperiode, 16. 11. 1993

WORT UND WIDERWORT

Sollen Autos nur noch bei Nachweis von Stellplätzen zugelassen werden?

Die SPD wolle nicht, daß das Halten eines Autos Geld koste, sondern die Nutzung müsse ihren Preis haben. Bei konsequenter Durchsetzung des Wunsches nach innerstädtischen Anwohnerparkzonen, Umstieg vom Pkw auf den ÖPNV und Durchführung von Sekundärmaßnahmen, die zur Umsetzung dieser Wünsche beitragen, werde der Raum in den Städten nicht so eng werden, daß die Bewohner sich ihren Wunsch nach einem Auto nicht mehr erfüllen könnten. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Heinz Hunger**. Der CDU-Abgeordnete **Heinrich Dreyer** betont, wesentlich sinnvoller als die Einführung eines Stellplatznachweises bei Anmeldung sei eine Beeinflussung durch die Parkraumbewirtschaftung und damit die Mehrfachnutzung eines Parkplatzes im Tagesverlauf. Tageszeit- und parkdauerabhängige Staffelung von Gebühren für das Parken beeinflussten wesentlich besser das Nachfrageverhalten im Kraftfahrzeugverkehr. Die F.D.P.-Abgeordnete **Marianne Thomann-Stahl** unterstreicht, selbst darüber zu bestimmen, an welchem Ort man sich aufhalte, sei früher das Privileg der Reichen gewesen. Erst das Automobil habe der breiten Bevölkerung die Möglichkeit eingeräumt, zu reisen und sich dorthin zu bewegen, wohin man wolle. Wer ernsthaft verlange, Autos nur noch bei Nachweis eines Stellplatzes zuzulassen, gehe wieder in diese Richtung. Die Grünen-Abgeordnete **Gisela Nacken** merkt an, jedes Fahrzeug würde im Schnitt nur rund eine Stunde pro Tag bewegt. Dafür würden in der Regel drei Stellplätze gebraucht: vor der eigenen Haustür, am Arbeitsplatz und vor dem Supermarkt, Kino, Sportplatz usw. Die Neuzulassung von Autos unter der Voraussetzung des Nachweises zumindest eines der drei täglich angefahrenen Parkplätze könne zu einer Reduzierung der Stellplätze in bestimmten Wohngebieten führen. (Seite 2)

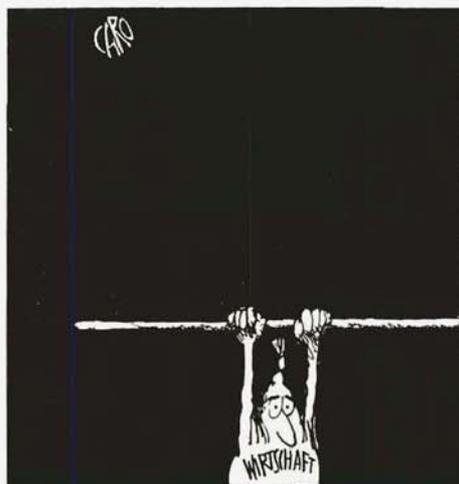
Seit 1990 Spitzensportereignisse bezuschußt Für Olympia weniger Mittel

Aufgrund der Olympia-Bewerbung des Ruhrgebietes für das Jahr 2000 sei im Jahre 1990 ein Haushaltsansatz in Höhe von fünf Millionen Mark eingerichtet worden. Das teilte Kultusminister Hans Schwier (SPD) auf eine mündliche Anfrage des Abgeordneten Gerd Mai (GRÜNE) mit.

gen. Ferner solle eine geplante Bewerbung nicht ohne eine vorausgehende Volksbefragung eingereicht werden, zumal das Nationale Olympische Komitee sich vorläufig nicht mit deutschen Olympiabewerbungen beschäftigen wolle.

Mit diesen finanziellen Mitteln seien in den vergangenen Jahren in erster Linie „Spitzensportereignisse“ wie beispielsweise „die Fechtweltmeisterschaft im Juli dieses Jahres“ bezuschußt worden, berichtete der Minister. Solche Veranstaltungen trügen nicht nur dazu bei, die Chancen einer Olympiabewerbung zu steigern, sondern dokumentierten auch „die Leistungsfähigkeit des Standortes Nordrhein-Westfalen unter sportlichen Gesichtspunkten.“ Nach dem Scheitern der deutschen Olympiabewerbung für das Jahr 2000 sei nun an eine erneute Bewerbung für das Jahr 2004 gedacht.

Die finanziellen Mittel für dieses Anliegen seien jedoch im Haushalt 1994 auf zwei Millionen Mark gekürzt worden. Die SPD werde außerdem eine weitere Kürzung um eine Million Mark in die Haushaltsdebatte einbrin-



Aufschwung

Die Woche im Landtag

Hochschulen

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) hat in einer Regierungserklärung seiner Sorge um den Ausbau der Hochschulen im Land Ausdruck gegeben. (Seite 3)

Ladenschluß

In einer Aktuellen Stunde standen auf Antrag der F.D.P.-Fraktion mögliche Veränderungen am Ladenschlußgesetz aus dem Jahre 1956 auf dem Prüfstand. (Seite 5)

Tagesordnung

Ohne das vorgegebene Thema deutsch-iranischer Zusammenarbeit zu erörtern, ging der Landtag unter Protest der Grünen „zur Tagesordnung über“. (Seite 8)

Freiräume

Auf mehr Flexibilität und Wirtschaftlichkeit zielt das neue Studentenwerkgesetz, dessen Entwurf Mittelpunkt einer Anhörung des Wissenschaftsausschusses war. (Seite 9)

Dienstleistung

Modernste Datenverarbeitung bei der Landtagsverwaltung soll die Dienstleistung für das Parlament optimieren. (Seite 10)

Mobilität

Effiziente Verkehrspolitik muß Umweltbelastungen entgegenwirken und unter Wahrung ökologischer Gesichtspunkte die Mobilität berücksichtigen. (Seite 13)



Zeichnung: R. Candea (Rheinische Post)

WORT UND WIDERWORT

Quartiersgaragen für Anwohner der Innenstädte

Von
Heinz Hunger

Wir verfolgen in unserer Verkehrs- und unserer Stadtentwicklungspolitik Ziele, die die Belastungen von Menschen und Umwelt durch Kraftfahrzeuge möglichst weitgehend vermindern sollen. Dies sind die „Stadt der kurzen Wege“, die flächendeckende Einführung von Tempo-30-Zonen außerhalb der Hauptverkehrsstraßen in den Städten, die Vorrangpolitik für den ÖPNV, um den Umstieg vom Kfz auf öffentliche Verkehrsmittel und damit eine Stärkung des Umweltverbundes zu erreichen, die Vermeidung von überflüssigen Autofahrten, die Verlagerung von Güterverkehren von der Straße auf die Schiene und die Anlastung aller – auch der externen – Kosten bei den Verkehrsträgern nach dem Verursacherprinzip. Dazu gehört weiter die Förderung von Anwohnerparken in unseren Städten und von Park-and-ride-Plätzen an ÖPNV-Haltestellen außerhalb der Städte, um Pkw-Pendler dazu anzuhalten, öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen und nicht mit ihrem Pkw die Innenstädte zu belasten.

SPD: Nicht Besitz, Nutzung des Autos ist entscheidend

Dazu gehört nicht, daß wir den Menschen, die in den Städten wohnen, die Anschaffung eines Autos durch ordnungspolitische Maßnahmen wie „Zulassen nur bei Nachweis eines Stellplatzes“ zu verteuern bzw. in Einzelfällen völlig unmöglich zu machen. Es wäre sozial ungerecht, den Teil der Bevölkerung, der Probleme hat, die (überhöhten) Mieten für Wohnraum in den Städten zu bezahlen, und der finanzielle Einschränkungen in vielen Lebensbereichen hinnehmen muß, eine weitere Belastung mit einer Verpflichtung aufzubürden, die höchstwahrscheinlich in den Städten nicht überall zu erfüllen ist.

Wir wollen nicht, daß das Halten eines Autos Geld kostet, sondern die Nutzung muß ihren Preis haben. Bei konsequenter Durchsetzung unseres Wunsches nach innerstädtischen Anwohnerparkzonen, Umstieg vom Pkw auf den ÖPNV und Durchführung von Sekundärmaßnahmen, die zur Umsetzung dieser Wünsche beitragen, wird der Raum in unseren Städten nicht so eng werden, daß die Bewohner sich ihren Wunsch nach einem Auto nicht mehr erfüllen können.

Von
Heinrich Dreyer

Die Forderung, Neuzulassungen von Kfz nur noch bei einem Nachweis von Stellplätzen zuzulassen, geht in die falsche Richtung. Befürworter eines solchen Modells verweisen gern auf japanische Verhältnisse, wo ein Stellplatznachweis verpflichtend für eine Zulassung ist. Wer jedoch Japans Städte kennt, der weiß, daß das Verkehrschaos bei weitem größer ist als in unseren Städten. Ein Stellplatznachweis trägt augenscheinlich nicht dazu bei, weniger Kfz-Verkehr zu produzieren. Darüber hinaus wird zur Kontrolle bei der Zulassung eines Kfz in Japan ein Verwaltungsangestellter vor Ort geschickt, um den Stellplatz in Augenschein zu nehmen. Ein solcher Verwaltungsaufwand ist nicht angemessen, da in NRW im Baurecht ein Stellplatznachweis verlangt wird. Dies ist sinnvoller als das japanische Modell.

In Japan muß der Stellplatz bei der zuzulassenden Person, also zu Hause, nachgewiesen werden. Damit ist aber nicht gewährleistet, daß so Parkmöglichkeiten in der Innenstadt geschaffen werden. Das deutsche Baurecht sieht die notwendigen Stellplätze an beiden Punkten vor.

CDU: Stellplatznachweis bei Zulassung überflüssig

Wesentlich sinnvoller als die Einführung eines neuen Stellplatznachweises bei Anmeldung ist eine Beeinflussung durch die Parkraumbewirtschaftung und damit die Mehrfachnutzung eines Stellplatzes im Tagesverlauf. Tageszeit- und parkdauerabhängige Staffelung von Gebühren für das Parken beeinflussen wesentlich besser das Nachfrageverhalten im Kfz-Verkehr.

Mit der Parkraumbewirtschaftung hat man eine Stellschraube, mit welcher sich aktive Verkehrspolitik jederzeit beeinflussen läßt. Gerade in den Städten ist es wichtig, nicht doppelt Parkraum vorzuhalten. Fatal wäre es, wenn der Stadtbewohner einen Stellplatz vorweisen muß, der nur von ihm genutzt werden darf, der übrige ruhende Verkehr im Laufe des Tages dann noch einen weiteren Parkplatz nachfragt. Das heutige System der Parkraumbewirtschaftung hält die CDU-Landtagsfraktion daher für vollkommen ausreichend und zweckmäßig.

Um das Problem des ruhenden Verkehrs der Innenstadtanwohner in den Griff zu bekommen, ist es notwendig, Quartiersgaragen zu bauen. Wird eine Zulassung an einen Stellplatz gebunden, wird der Siedlungsdruck auf das Umland steigen – dort ist ein Stellplatz kein Problem.

Von
Marianne Thomann-Stahl

Der Lieblingsgegner roter und grüner Ideologen ist seit einigen Jahren das Auto. Immer neue Ideen werden produziert, um den Bürgern das Autofahren zu verleiden. Dabei ist das Auto eines der Freiheitssymbole der Menschen. Selbst darüber zu bestimmen, an welchem Ort man sich aufhält, war früher das Privileg der Reichen. Erst das Automobil hat der breiten Bevölkerung die Möglichkeit eingeräumt, zu reisen und sich dorthin zu begeben, wohin man will. Wer ernsthaft verlangt, Autos nur noch bei Nachweis eines Stellplatzes zuzulassen, geht wieder in diese Richtung. Diejenigen, die sich das finanziell leisten können, werden privilegiert, das Freiheitsrecht des einzelnen über die Kosten eingeschränkt.

F.D.P.: Am liebsten setzen Ideologen auf Verbote

Was diese Anti-Autoideologie bewirkt, haben die Wähler in Kassel der dort autofeindlichen SPD ins Stammbuch geschrieben.

Wir Liberalen wollen keine Schablonen oder Feindbilder im Verkehr. Wir setzen auf ein faires Miteinander der Verkehrssysteme in einem fairen Wettbewerb. Wir wollen dem Bürger nicht vorschreiben, welches Verkehrsmittel er nutzen soll. Jedes Verkehrsmittel hat Vor- und Nachteile. Deshalb ist eine autofeindliche Politik ebenso falsch wie eine Verurteilung des öffentlichen Personennahverkehrs.

Leider läßt der Trend, den Bürger immer mehr zu gängeln, nicht nach. Am liebsten setzen die Ideologen auf Verbote. Die Liberalen setzen auf die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht des einzelnen.

Von
Gisela Nacken

Jedes Auto ist im Schnitt nur mit einer Person besetzt und wird nur rund eine Stunde pro Tag bewegt. Es könnte also besser als „Stehzeug“ denn als Fahrzeug bezeichnet werden. Dafür werden in der Regel drei Stellplätze gebraucht: vor der eigenen Haustür, am Arbeitsplatz und vor dem Supermarkt auf der „grünen Wiese“, dem Kino, dem Sportplatz oder dem Fitnesscenter. Das macht ohne Fahrflächen 54 qm Platzbedarf aus, der zum größten Teil öffentlich gefördert wird. Bis vor kurzem war es für jede Autonutzerin und jeden Autonutzer selbstverständlich, an jedem dieser Orte kostenfreie Stellplätze vorzufinden.

Das hat sich geändert. Gerade in unseren Städten wird der Raum für Fußgängerinnen und Fußgänger, Kinderspiel sowie Radfahrerinnen und Radfahrer immer stärker reduziert. Das Autoblech bestimmt das Stadtbild. Kommunale Parkraumbewirtschaftung ist daher seit einiger Zeit angesagt. Aber auch öffent-

GRÜNE: Folgerichtige Entwicklung

liche und einige wenige private Dienstleister und Arbeitgeber greifen zu Parkgebühren, auch um in Verbindung mit Jobtickets einen Anreiz zum Umstieg auf Bus und Bahn zu bieten. Das würde nicht nur Platz für andere Nutzungen, sondern auch bessere Luft schaffen. Der Landtag hat das mit Mehrheit durch Beschlüsse unterstützt.

Die Autonutzerinnen und Autonutzer sind aber vielfach nicht bereit, ihre althergebrachten Privilegien gegenüber anderen Verkehrsteilnehmern aufzugeben. Sie wehren sich, wie Briefe aus dem Innenministerium oder die bisher mehrheitliche Ablehnung von Parkplatzgebühren in der Landtagstiefgarage zeigen. Hier ist noch eine ganze Menge an Überzeugungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu leisten.

Die Neuzulassung von Autos unter der Voraussetzung des Nachweises zumindest eines der drei täglich angefahrenen Parkplätze ist eine folgerichtige Entwicklung. Sie könnte sogar zu einer Reduzierung der Stellplätze in bestimmten Wohngebieten führen.

Regierungserklärung zur Hochschul- und Forschungspolitik in NRW

Rau gibt Sorge über den Hochschulausbau Ausdruck Opposition kritisiert mangelnde Rahmenbedingungen

Seiner Sorge über den weiteren Ausbau der nordrhein-westfälischen Hochschulen, vor allem auch der Fachhochschulen, hat Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) am vergangenen Donnerstag in einer Regierungserklärung zur Hochschul- und Forschungspolitik in NRW Ausdruck gegeben. Diesen Ausbau sah Rau durch die Sparpolitik der Bundesregierung gefährdet. Die Hochschulen brauchten Ermutigung, und sie hätten Ermutigung verdient. Die Opposition hielt dagegen, die Landesregierung müsse erst einmal die Rahmenbedingungen für ein effizientes und erfolgreiches Studium schaffen. CDU-Fraktionschef Dr. Helmut Linssen schloß eine Studienreform auf dem Rechts- oder Verordnungsweg aus. Der F.D.P.-Abgeordnete Joachim Schultz-Tornau beklagte die Verbitterung, die an den Hochschulen wegen des fehlenden Dialogs herrsche. Grünen-Sprecher Dr. Michael Vesper schloß, die Hochschulen, das wichtigste Kapital für die Zukunft, würden immer mehr zu Stiefkindern der Politik gemacht. Zuvor hatte Rudolf Apostel für die SPD am Beispiel der Finanzierung des Hochschulbaus darauf verwiesen, daß man an die Handlungen des Bundes eng gebunden sei.

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) erklärte, mindestens 2 Milliarden Mark müßte der Bund aufbringen, damit der weitere Ausbau der Hochschulen, zu dem Bund und Länder sich gemeinsam verpflichtet hätten, wenigstens annähernd weitergeführt werden könne. Eigentlich brauche man 2,3 Milliarden Mark. Der Bund wolle nur 1,68 Milliarden Mark zur Verfügung stellen. Das sei ein Sparen, „das uns teuer zu stehen kommen kann, Sparen an unserer Zukunft“. Damit sei vor allem der weitere Ausbau der Fachhochschulen gefährdet. Rau hoffte auf den Erfolg der Bundesratsinitiative. Der Beitrag des Bundes zur Finanzierung des Bildungssystems sei in den vergangenen 15 Jahren immer geringer geworden. Der Bund komme heute selbst seinen laufenden finanziellen Verpflichtungen nicht nach. In NRW seien bereits jetzt gut 150 Hochschulprojekte betroffen, die wegen zurückgehender Bundesmittel nicht hätten bewilligt werden können oder hätten Kürzungen hinnehmen müssen. Zudem werde NRW bei der Verteilung von Mitteln für Forschung und Technologie vom Bund kraß benachteiligt. Zur Bildung sagte der Regierungschef: „Wir haben in Deutschland ein Bildungssystem, um das uns viele andere Länder beneiden.“ Man dürfe sich aber nicht an zweitrangigen Fragen festbeißen. Die Länge der Schulzeit sei eben nicht das zentrale Thema. Berufliche Bildung dürfe keine Einbahnstraße sein. Entschieden wandte sich Rau dagegen, junge Menschen durch Panikmache vom Studium fernzuhalten. Die Hochschulen brauchten Ermutigung, und sie hätten Ermutigung verdient.

Dr. Helmut Linssen (CDU), Fraktionsvorsitzender, betonte zur Situation im Land, die



Darüber, daß die Hochschulen mehr Geld brauchen, waren sich Regierung und Fraktionen einig: v. l. Ministerpräsident Johannes Rau (SPD), CDU-Fraktionschef Dr. Helmut Linssen, Rudolf Apostel (SPD), Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.) und Dr. Michael Vesper (GRÜNE).
Fotos: Schüler

Novellierung der NRW-Hochschulgesetze habe vor allem das Ziel gehabt, den Einfluß des Wissenschaftsministeriums auf die Hochschulen in NRW auszuweiten. Tatsächlich sei keine Verbesserung der Studienbedingungen bewirkt worden. Um die Situation der Hochschulen zu verbessern, sollten die Regelstudienzeiten verbindlich festgelegt werden, sollte der Studienprüfstoff auf das Notwendigste begrenzt werden und sollten die Obergrenzen für Studienvolumina und Prüfungsleistungen geregelt werden. Es werde angestrebt, alle diese Maßnahmen bis zum 31. Dezember 1995 umzusetzen. In diesem Zusammenhang stelle sich wirklich die Frage nach der Realitätsnähe der Landesregierung. Denn eines sei unbestritten, damit das Studium wieder in angemessener Zeit absolviert werden könne, müsse die Landesregierung zunächst einmal die Voraussetzungen für ein schnelles effizientes und erfolgreiches Studium schaffen. Wer glaube, die Studienreform lediglich auf dem Rechts- oder Verordnungsweg verwirklichen zu können, der befinde sich „wirklich auf dem akademischen Holzweg“. Eine wirkliche Reform hätte die Änderung der Führungs-, Leitungs- und Entscheidungsstrukturen an den Hochschulen einschließen sowie die Autonomie und Eigenverantwortung der Hochschulen stärken müssen. Die Landesregierung habe aber in Wirklichkeit gar nicht die Absicht gehabt, Verantwortung zu delegieren.

Rudolf Apostel (SPD) meinte, der Ministerpräsident habe klare Worte gefunden, um die Situation an den Hochschulen zu beschreiben. Raus Klarstellung vor allem, daß im Zuge der Strukturreform freiwerdende Personalstellen grundsätzlich zur Aufgabenerfüllung in den Hochschulen bleiben sollten, werde bei den Professoren und in den Rektoraten mit großer Erleichterung aufgenommen werden. Apostel bezeichnete dies als den eigentlichen Kern bei den ganzen Diskussionen um die notwendigen Strukturänderungen. Es seien immer große Sorgen und Ängste bei den Professoren zu erkennen, die gesagt hätten, freiwerdende Ressourcen dürften nicht den Landeshaushalt sanieren. Wenn der CDU-Fraktionsvorsitzende den Eindruck erwecke, die Probleme der Hochschulen wären eigentlich nur

deshalb vorhanden, weil nicht die richtige Landesregierung hier zur Verfügung stehe, dann wolle er entgegenhalten, daß die Hochschulen ein Spiegel unserer Gesellschaft seien, und daß die Probleme unserer Gesellschaft selbstverständlich auch in die Hochschulen durchschlugen. Die Entwicklung der Hochschulen zu Großorganisationen habe auch zu Funktionsdefiziten geführt. Das Größenwachstum begründe geänderte Anforderungen an die Hochschulleitung, um eine bestmögliche Aufgabenerfüllung zu erreichen.

Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.), Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung, sagte, natürlich sei es richtig, daß der Bund mehr Mittel einplanen müsse für den Hochschulbau, wenn der Umbau des Hochschulsystems, insbesondere der Umbau hin zu mehr Fachhochschulanteilen, gelingen solle. So kritisiere er auch keineswegs, wenn Rau heute über diesen Punkt noch einmal aufmerksam gemacht habe. „Wir selbst als F.D.P.-Landtagsfraktion drängen darauf, daß sich hier etwas bewegt und ändert in der notwendigen Richtung.“ Aber könne der Ministerpräsident sagen, daß er in seiner Regierungserklärung die Relationen wirklich beachtet habe, wenn er sich Seite auf Seite über tatsächliche oder vermeintliche Versäumnisse des Bundes ausbreite? Und wenn er dieses Land rühme, wisse er wirklich nicht, daß NRW am Ende der Leistungsskala der Bundesländer, jedenfalls in den sogenannten alten Bundesländern, stehe? Der Politiker machte ferner darauf aufmerksam, zur Sicherung des Standortes Deutschland sei es unabdingbar, daß im Landeshaushalt neue Prioritäten zugunsten von Bildung und Wissenschaft gesetzt würden. Entscheidend bleibe, auch bestgemeinte Reformen der Hochschul- und Studienstruktur müßten ins Leere laufen, wenn der Staat nicht die Rahmenbedingungen verbessere.

Dr. Michael Vesper (GRÜNE) meinte, der Ministerpräsident hätte seine Regierungserklärung übergangslos auch als Bundespräsident halten können. Motto: Allen Wohl und niemand wehe! Positives Denken auch da, wo die Wirklichkeit recht kümmerlich aussehe.
Fortsetzung Seite 4

Schwieriger Meinungs austausch zur Agrarsozialreform des Bundes

Eigene Rente für Bäuerinnen und Streit über die Finanzierung

Der SPD-Antrag „Verbesserung der sozialen Situation der Frauen in der Landwirtschaft“ (Drs. 11/3722) wurde nach der Aussprache am 10. November für erledigt erklärt, nachdem dem Anliegen durch die Gesetzgebung des Bundes entsprochen wurde.

Anne Garbe (SPD) erinnerte, die SPD habe vor allen anderen Parteien die eigenständige soziale Absicherung der Frauen in der Landwirtschaft gefordert. Weder CDU noch Bauernverband, von der F.D.P. gar nicht zu reden, hätten das unterstützt. Wenn die betroffenen Frauen nicht selbst nachhaltig und unanfällig, auch gegen die eigenen Funktionäre, überzeugt hätten, wäre mit hoher Wahrscheinlichkeit im Agrarsozialreformgesetz der Bundesregierung keine eigene Rente für Bäuerinnen vorgesehen worden. Leider sei der vorgelegte Entwurf unsozial, unsolidarisch und unseriös schon deshalb, weil eine Finanzierung nur bis zum Jahr 2000 vorgesehen sei. Unsolidarisch, weil Frauen auf sogenannten Ehegattenhöfen, bei denen beide Partner Beiträge entrichtet haben, kein Verständnis dafür hätten, daß anderen Bäuerinnen ohne eine Beitragsmark gleiche Leistungen zustehen sollten.

Ilka Keller (CDU) warf der SPD doppeltes Spiel vor. Sie habe im Bundesrat verhindert, daß die Agrarsozialreform noch in diesem Jahr komplett verabschiedet werde, zu Lasten der Frauen in der Landwirtschaft, die schon oft das fünfte Rad am Karren sein müßten. Sie gehe davon aus, daß die SPD ihre Verzögerungstaktik aufgeben werde,

denn die Reform spreche für sich. Nach dem Willen der SPD sollten Frauen zum Zahlen gezwungen werden, die nachher gar nichts herausbekämen. Wer von Sozialreform rede, müsse auch Beitragszuschüsse meinen. Warum die SPD im Landtag zum dritten Mal so aktiv werde und im Bundesrat so schwer zu begeistern sei, bleibe offen.

Ruth Witteler-Koch (F.D.P.) begrüßte die Erledigung des SPD-Antrages ebenso wie die Agrarsozialreform mit dem eigenen Rentenanspruch für die Bäuerinnen. Außerdem sei das agrarsoziale System finanziell stabilisiert und auf die Landwirte der neuen Bundesländer übergeleitet worden. Es sei realisiert, daß vom Unternehmer in der Vergangenheit gezahlte Beiträge in vollem Umfang entsprechend der Ehezeit zugerechnet würden. Der Antrag werde von der F.D.P. abgelehnt, der CDU-Antrag dagegen angenommen.

Marianne Hürten (GRÜNE) wunderte sich ebenfalls über die Haltung der SPD und der Landesregierung bei der Antwort auf die Große Anfrage der Grünen zur Situation der Frauen in der Landwirtschaft. Im Frauenausschuß habe die SPD die Einbringung der Agrarsozialreform in Bonn abgewartet, dann sei sofort das Geschrei losgegangen, die

Reform sei viel zu teuer. 1992 habe das höchst erreichbare Altersgeld für verheiratete Landwirte 1078,90, für alleinstehende 719,70 Mark betragen. Für die Bäuerinnen gebe es ein Drittel, also 200 bis 300 Mark. Die SPD drücke sich vor jeder klaren Aussage, wie die eigenständige Alterssicherung für Bäuerinnen finanziert werden solle. Diese sei nur mit staatlichen Zuschüssen zu finanzieren.

Anne Garbe (SPD) erwiderte, die Bundesregierung habe Teilaspekte aus der Reform herausgetrennt, um über die Hürde im Bundesrat zu kommen. Die Absicherung der Bäuerinnen solle der gesetzlichen Rentenversicherung angeglichen werden. Über Nachversicherung auch durch Zuschüsse solle nachgedacht werden, anstatt an Familienbetriebe mit guten Einkünften zuzuschließen.

Agrarminister Klaus Matthiesen (SPD) bezeichnete die verspätete Vorlage der Agrarsozialreform durch die Bundesregierung als wirkliche Leidensgeschichte. Für den 8. Dezember 1993 sei eine Anhörung im Bundestag vorgesehen. Das Gesetzgebungsverfahren könne also frühestens Mitte 1994 abgeschlossen werden. Zu reden sei noch über den Ausschluß von Nebenerwerbslandwirten und die langfristige Auswirkung der Bäuerinnen-Rente auf das System. Man könne mit den Berechnungen nicht im Jahre 2000 stehenbleiben.



Eigentlich ein Grund zur gemeinsamen Freude von Bund und Land: Bäuerinnen erhalten einen eigenen Rentenanspruch. Doch wer soll das bezahlen, fragte die SPD, v. l. Anne Garbe (SPD), Ilka Keller (CDU), Ruth Witteler-Koch (F.D.P.), Marianne Hürten (GRÜNE), Landwirtschaftsminister Klaus Matthiesen (SPD). Fotos: Schüler

Regierungserklärung...

Fortsetzung von Seite 3

Er empfinde die Regierungserklärung als enttäuschend, weil sie nämlich die katastrophale Lage an den Hochschulen durch wohlgesetzte Worte zuzudecken versuche, statt sich der Problematik zu stellen und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. „Sie bieten festliche Worte, aber keine Perspektiven“, sagte Vesper. In der Kritik gegenüber der Bundesregierung stimmte der Abgeordnete dem Regierungschef zu, „Aber wo bleibt ihr eigenes Handeln?“, fragte er nach.

Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD) dankte den Hochschulen. Sie hätten einen engagierten Beitrag zur Erneuerung der Hochschulen in den neuen Bundeslän-

dem geleistet — und das in „Extraarbeit“. Sie sei enttäuscht darüber, daß der seit 1992 angekündigte Bildungsgipfel nun stattfindet, wo sämtliche Finanzentscheidungen schon gefallen seien. Während der Bundesminister für Forschung seine Mittel seit 1989 um 2,1 Prozent gesteigert habe, betrage die Zuwachsquote der Mittel in NRW im gleichen Zeitraum 26 Prozent.

Professor Dr. Horst Posdorf (CDU) vermißte an der Regierungserklärung konkrete Aussagen dazu, wie das vorgetragene „Sammelsurium von Tatsachen, bekannten Zuständen und Verantwortungsschieberei“ in die Praxis umgesetzt werden sollte. Wissenschaftsministerin und Ministerpräsident ließen zu, daß der Anteil des Wissenschaftsetats am Gesamthaushalt von etwa elf Prozent im Jahr 1980 in der mittelfristigen Fi-

nanzplanung auf 8,5 Prozent heruntergefahren werde.

Karl Schultheis (SPD) verlangte eine Anhebung der Forschungsmittel. Angesichts von rund 70 unterschiedlichen Förderprogrammen im Forschungsbereich sei eine Vereinfachung erforderlich. Zudem sei die EG-Dimension in der Forschung stärker zu berücksichtigen.

Andreas Reichel (F.D.P.) fand angesichts der Subventionen für den Bergbau und der Streichungen für die Wissenschaft die Prioritäten falsch gesetzt. In NRW werde viel Kraft für die Erhaltung nicht mehr rentabler Strukturen aufgewendet, das gehe zu Lasten der „Innovationsfaktoren für die Zukunft unseres Landes“. Die Welt beneide Deutschland um sein Bildungssystem.

F.D.P. will weitgehende Liberalisierung des Ladenschlußgesetzes

„Weitere Stärkung der Umsatzriesen auf Kosten des wohnortnahen Einkaufs“

Auf Antrag der F.D.P.-Fraktion hat sich der Landtag am 10. November im Rahmen einer Aktuellen Stunde mit dem Thema „Aufhebung der Ladenschlußzeiten als Impuls für den Arbeitsmarkt“ beschäftigt. Dabei wurden von den anderen Fraktionen Vorbehalte und Ablehnung gegenüber einer völligen Liberalisierung der Ladenschlußzeiten angemeldet.

Hagen Tschoeltsch (F.D.P.) zählte die positiven Effekte einer Liberalisierung auf: entzerrte Verkehrsströme, mehr Teilzeitarbeitsplätze, mehr Zeit für Preis- und Qualitätsvergleiche und Einkaufen auch mit der Familie ohne Streß. Man könne zwar aus ideologischen Gründen gegen diese Liberalisierung des seit 1956 bestehenden und darum antiquierten Ladenschlußgesetzes sein, die beschäftigungspolitischen Chancen seien aber nicht wegzudiskutieren. Konsumgewohnheiten und Arbeitsverhalten hätten sich geändert, und es sei unzeitgemäß, daß der Staat vorschreibe, wann Unternehmen produzieren dürfen und wann sie ihre Dienstleistungen zu erbringen haben. Es wäre ein Schritt in die richtige Richtung, wenn die Öffnungszeiten an Werktagen freigegeben würden, mit Ausnahme der Nachtstunden von 22 bis 6 Uhr. Samstags sollten die Läden um 18 Uhr schließen; an Sonn- und Feiertagen solle es bei den bisherigen Ausnahmen bleiben. Generell sollten die Geschäfte in der Woche höchstens 68,5 Stunden geöffnet sein. Mit dieser Initiative der Berliner CDU könne sich die F.D.P. anfreunden.

Horst Vöge (SPD) bestritt dem Antrag jede positive arbeitsmarktpolitische Wirkung; er sei eine „reine Show“, betonte er und sagte, bei einem Eingriff in das Ladenschlußgesetz in der gewünschten Richtung einen „gnadenlosen Verdrängungswettbewerb zu Lasten von Einzelhändlern, Mittelständlern und damit Arbeitsplatzabbau“ voraus. Die Arbeitsplatzentwicklung im Einzelhandel hänge von Umsatz, Strukturwandel und Rationalisierung und nicht von flexiblen Öffnungszeiten ab; denn durch längere oder flexible Öffnungszeiten verlagere sich nur der Umsatz, da sich die Kaufkraft nicht ändere. Wettbewerbspolitisch führten geänderte Öffnungszeiten zu Umsatzverlagerungen hin zu den Großbetrieben in der City oder auf der grünen Wiese; benachteiligt

würden Klein- und Mittelbetriebe, die schon jetzt erwießenermaßen vom langen Donnerstag in keiner Weise profitierten.

Laurenz Meyer (CDU) fand ein Weniger an Vorschriften und Bürokratie zwar gut; die Situation sei auch unbefriedigend, was die zunehmende Zahl von Kiosken beweise, an denen man vom Hundefutter bis zur Zahnbürste alles kaufen könne. Es könne aber nicht darum gehen, die Arbeitszeit im Einzelhandel per Gesetz zu verlängern, das sei in Tarifverträgen zu regeln. „Es geht darum, dem Einzelhändler mehr Freiheit zu gewähren, und darum, mehr Möglichkeiten für Kunden und Städte zu schaffen.“ Es müsse ein Ordnungsrahmen her, der den Mittelstand und den Einzelhändler stärke. Die CDU wolle nicht, daß die großen Betriebe auf der grünen Wiese davon profitierten. Nicht mehr Öffnungszeit sei die Devise, sondern mehr Freiheit für den einzelnen, wie er seine Öffnungszeiten verteilt. Darüber solle mit dem Einzelhandel das Gespräch gesucht werden. Für die CDU sei wichtig, daß am Samstag um 18 Uhr Schluß sei und daß der Sonntag außen vor bleibe.

Marianne Hürten (GRÜNE) mutmaßte, daß Abgeordnete aller Parteien durch die Diskussion um die Ladenschlußzeiten lediglich „ihre eigenen Bedürfnisse zum Maßstab aller Dinge“ machten. „Politikerinnen und Politiker quer durch alle Parteien träumen anscheinend vom Einkaufsbummel nach der Plenarsitzung“, vermutete Hürten. Die Mehrheit der Verbraucherinnen und Verbraucher sei jedenfalls mit den momentanen Ladenschlußzeiten zufrieden. Der lange Donnerstag bringe nur eine Umsatzverschiebung. Außerdem würden sich mittlerweile lediglich zehn Prozent der Einzelhändler am langen Donnerstag beteiligen. Ferner sei die Forderung nach einer Flexibilisierung der Ladenschlußzeiten „zutiefst frauenfeindlich“.

Gleichstellungsministerin Ilse Ridder-Melchers (SPD) warf der Fraktion der F.D.P. vor, immer wieder an der Wirklichkeit vorbei die Debatte um die Ladenschlußzeiten anzuzetteln. Die betroffenen Verkäuferinnen würden bei der Diskussion außen vor gelassen. „Die Arbeitsbelastung der Frauen im Einzelhandel“ sei jetzt schon „äußerst groß“. Die Ministerin hob hervor, daß die im Einzel-

handel beschäftigten Frauen nicht nur mit ungünstigen Arbeitszeiten und physischer Belastung fertig werden müßten, sondern daß außerdem ihr Einkommen „weit hinter den anderen Wirtschaftszweigen“ zurückliege. Aber auch der Einzelhandel spreche sich gegen eine Änderung des Ladenschlußgesetzes aus, da dieses nur zusätzliche Kosten bringen würde. Schon jetzt beklage der westdeutsche Einzelhandel einen realen Umsatzrückgang für 1993 von 4,5 Prozent.

Ruth Witteler-Koch (F.D.P.) betonte, daß es nicht um eine generelle Verlängerung, sondern um eine Flexibilisierung der Ladenschlußzeiten gehe. Der Ladenschluß in seiner jetzigen Form behindere den Wettbewerb. Mit der Flexibilisierung des Ladenschlußgesetzes müsse ein Impuls für den Arbeitsmarkt gegeben werden. Die frauenpolitische Problematik der „530-DM-Jobs“ müsse losgelöst von dieser Debatte diskutiert werden.

Jürgen Jentsch (SPD) hob hervor, daß die Verlagerung der Umsätze Infrastruktureinrichtungen zerstöre. „Kleine Vorstadtläden“ hätten „weder die personellen noch die finanziellen Ressourcen, um mit den großen mithalten zu können“. Benachteiligt durch eine solche Politik würden wiederum die Verbraucherinnen und Verbraucher und die Verkäuferinnen.

Daniel Kreutz (GRÜNE) hielt der F.D.P.-Fraktion vor, mit der Änderung des Ladenschlußgesetzes eine völlig verfehlte Wirtschafts- und Strukturpolitik zu betreiben. Gewinner einer Abschaffung der Ladenschlußregelung seien „die Großkonzerne mit Verkaufspreisen, die oft weit unter den Einkaufspreisen des mittelständischen Handels liegen“ würden. Verbraucherefreundlich wäre es, dieser „bedrohlichen Strukturänderung“ entgegenzuwirken.

Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD) meinte, er sei kein Freund der Absicht, von Ganztagsarbeitsplätzen zu immer mehr Teilzeitarbeitsplätzen überzugehen. Es sei falsch zu glauben, daß es durch verlängerte Ladenschlußzeiten zu mehr Arbeit kommen würde, auch stiegen Kaufkraft, Produktivität und Wertschöpfung pro Person nicht. Wenn man die Veränderung unter dem Gesichtspunkt Arbeitsschutz abwäge, dann sei sie nicht sinnvoll. Auch der Minister sprach die Erwartung aus, daß von einer Neuregelung die Betriebe in den guten Lagen der Großstädte und die Märkte auf der grünen Wiese vor allem profitieren würden. So gesehen sei die bestehende Regelung ein vernünftiger Kompromiß.

Laurenz Meyer (CDU) war der Meinung, man dürfe das Thema, wie die SPD das tue, nicht als rein sozialpolitisch ansehen, ohne zu berücksichtigen, was Verbraucher denken und was im Handel passiere. Wer nur sage, alles müsse beim alten bleiben, der trage „Scheuklappen“.

Anne Garbe (SPD) widersprach, neben den sozialpolitischen seien auch arbeitspolitische Aspekte zu beachten. In den Familienbetrieben arbeiteten nicht nur Familienmitglieder, sondern auch — zu denkbar schlechten Konditionen — Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das sollte nicht aus dem Auge verloren werden.



Umstritten blieb die Frage, wieweit die Liberalisierung gehen oder ob sie unterbleiben sollte (v.l.): Hagen Tschoeltsch (F.D.P.), Horst Vöge (SPD), Laurenz Meyer (CDU), Daniel Kreutz (GRÜNE) und Ministerin Ridder-Melchers (SPD).
Fotos: Schüler

Regierungshandeln auf dem Prüfstand

Der Landtag hat am vergangenen Donnerstag mit den Stimmen aller Fraktionen einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuß zur Aufklärung des Dioxinausstoßes bei der Westfalenhütte in Dortmund eingesetzt. Der elfköpfige Ausschuß unter Vorsitz der CDU-Abgeordneten Maria-Theresia Opladen soll einen insgesamt 13 Punkte umfassenden Untersuchungsauftrag bearbeiten. So sollen die Ausschußmitglieder unter anderem klären, warum keine Sofortmaßnahmen zur Dioxinreduzierung nach Vorliegen der Meßergebnisse ergriffen wurden. Die Landtagsabgeordneten möchten weiter wissen, welche Entscheidungen nach den Messungen, „wann und von wem getroffen wurden“ und warum Parlament, Gesundheitsminister, Aufsichtsbehörden und betroffene Bevölkerung nicht sofort über die hohen Dioxinwerte informiert wurden. Der Ausschuß soll ferner klären, ob die Behörden für die Sinteranlage der Westfalenhütte eine Sonderabfallentsorgung zugelassen haben, und wie der Einsatz der genehmigten Zusatzstoffe kontrolliert wurde.

Lothar Hegemann (CDU), stellvertretender Fraktionsvorsitzender, meinte gegenüber dem SPD-Regierungslager: „Sie hätten sich das Verfahren vor sechs Wochen abkürzen können, wenn Sie uns Akteineinsicht gegeben hätten. Sie sollen heute merken, daß es keinen Zweck hat, Minderheitenrechte zu beschneiden.“ Hegemann beklagte, man habe der SPD einen Fragenkatalog vorgelegt: „Sie haben versucht, diese Fragen im Kern zu ändern, nicht marginal.“ Der Abgeordnete Wendzinski habe krampfhaft versucht, die Essentials zu streichen. Der Minister Matthiesen habe versucht, auf den Fragenkatalog, den er beantworten solle, Einfluß zu nehmen.

Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) sagte: „Wir haben die Landesregierung mehrfach um Akteineinsicht gebeten, um die Dioxin-Affäre bei der Firma Krupp-Hoesch aufzuklären und besser beurteilen zu können.“ Die Landesregierung habe sich dem bisher verweigert. Deshalb habe es die Landesregierung selbst zu verantworten, wenn die Opposition jetzt von ihrem Minderheitenrecht Gebrauch macht und über diesen Untersuchungsausschuß Akteineinsicht, die sie gewollt habe, für sich ermögliche.

Bärbel Höhn (GRÜNE), Fraktionssprecherin, sagte, die Landesregierung hätte vor sechs Wochen Akteineinsicht gewähren können. Aber jetzt müsse sie einmal ehrlich fragen: „Werden wir die Wahrheit herausbekommen, wenn die Landesregierung entscheidet, welche Akten wir einsehen dürfen, oder brauchen wir nicht einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuß, um selber zu entscheiden, welche Akten wir einsehen wollen?“

Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD) Fraktionsvorsitzender, erklärte, daß die Landesregierung aus verfassungsrechtlichen Grundsätzen nicht jedes Aktenstück in die Öffentlichkeit, auch nicht in die parlamentarische Öffentlichkeit geben könne, das habe gute Gründe. Das zweite

sei, daß es um ganz legitime Belange Dritter gehe, die natürlich Erklärungen abgäben, mit denen Verhandlungen geführt würden, die Werte preisgäben, deren Bekanntwerden unter Umständen wettbewerbsbehindernd sei und geheimgehalten werden müßten. Man sei zu jeder Information bereit, aber so, daß die Akten hier herumgereicht würden, das werde nicht passieren.

Dr. Helmut Linssen, CDU-Fraktionsvorsitzender, stellte fest: „Die Würfel sind gefallen.“ Hardliner in der SPD hätten zeigen wollen, wie man mit der Opposition umgeht, aber je mehr Matthiesen das vorführe, „desto mehr bekommt er von der Opposition auf die Finger geklopft“. So setze man jetzt den Untersuchungsausschuß ein: „Je schneller Herr Matthiesen die Akten liefert, desto schneller geht dieser Ausschuß zu Ende.“

Dr. Achim Rohde, F.D.P.-Fraktionsvorsitzender, sagte, der Ausschuß komme, weil die Regierung die Opposition nicht in die Lage versetzt habe, die Entscheidungs- und Beurteilungsprozesse dieser Regierung nachzuvollziehen. Sie hätte ohne Anerkennung einer Rechtspflicht Akteineinsicht gewähren können, dabei wäre auch die Gewaltenteilung gewahrt worden.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) bestritt der Opposition nicht das Recht auf umfassende Information, „aber Sie haben nicht das Recht auf Akteineinsicht“. Die Landesregierung wisse, daß die Opposition das Recht habe, die Akten der Landesregierung über einen Untersuchungsausschuß einzusehen. Wenn Akteineinsicht aber zum „Gewohnheitsrecht“ werde, dann entwickle sich das Parlament zum permanenten Untersuchungsausschuß — „und das verschiebt die Gewichte innerhalb der Verfassung“.

Bärbel Höhn, Sprecherin der Fraktion GRÜNE, wies den Vorwurf zurück, die Opposition sei für die Negativschlagzeilen über das Land verantwortlich. Man wolle Aufklärung auch über die Frage, ob aufgrund von Schließungsplänen kostspielige Investitionen bei Hoesch vermieden werden sollten. Das habe nichts mit Betriebsgeheimnissen zu tun.

Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD) sah als letzte Chance zur Vermeidung des Ausschusses das durch ihn wiederholte Angebot der Landesregierung an, sie sei zur vollständigen Information bereit — „auf Grundlage der Akten in vollem Umfang, ohne jede Einschränkung“.

★

Aufgrund eines gemeinsamen Wahlvorschlages (Drs. 11/6273) entsendet die SPD folgende Mitglieder in den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß II: Gerhard Wendzinski, Egbert Reinhardt, Wolfram Kuschke, Klaus Strehl, Brigitte Speth und Bernd Flessenkemper. Die CDU schickt Lothar Hegemann, Manfred Kuhmichel und Dr. Annemarie Schrapf. Hans-Joachim Kuhl und Bärbel Höhn vertreten die F.D.P. beziehungsweise die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Als Vorsitzende fungiert Maria-Theresia Opladen (CDU). Stellvertretender Vorsitzender ist Egbert Reinhardt (SPD).

Grüner Antrag zur Dioxinminderung an Ausschuß überwiesen

Einstimmig hat der Landtag am 10. November den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Programm zur Dioxinminderung zügig durchsetzen“ (Drs. 11/6244) an den federführenden Umweltausschuß überwiesen.

Dr. Katrin Grüber (GRÜNE) hielt dem allgemeinen Dioxinbericht der Landesregierung („Zahlensalat“) gravierende Mängel vor, er sei lückenhaft, unübersichtlich, verfälsche das Bild und müsse darum nachgebessert werden. Außerdem müssen die Bedingungen, unter denen Dioxin gemessen werde, genau aufgeführt werden. Eine wirksame Dioxinminderung sei nur bei einer drastischen Reduktion des Chlordurchsatzes möglich; das bedeute den Ausstieg aus der Chlorchemie. Ihre Fraktion fordere konkrete Maßnahmen auf Basis der bestehenden Gesetze, „weil Dioxine und Furane gefährliche Substanzen sind“. Das Minimierungsgebot des Bundesimmissionsschutzgesetzes biete für diese Maßnahmen eine gute Grundlage. Darüber hinaus seien die rechtlichen Rahmenbedingungen zu verbessern.

Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) hielt den Grünen entgegen, sie sprängen auf einen fahrenden Zug auf: Seit Jahren leiste die Landesregierung Pionierarbeit auf dem Gebiet der Dioxinmessung und Dioxinreduzierung und setze sich für das Minimierungsgebot ein und dafür, den Emissionsmassenstrom von Dioxinen und Furanen soweit wie möglich zu begrenzen. Der Antrag der Grünen sei entbehrlich, er gehe von falschen Voraussetzungen aus und arbeite mit Unterstellungen — „und läßt im übrigen auch das notwendige Augenmaß vermissen“.

Hans Peter Lindlar (CDU) setzte voraus, daß der gesamte Landtag hinter dem Ziel stehe, das Programm zur Dioxinminderung zügig umzusetzen. Der grüne Antrag zeige aber „wieder einmal wirtschaftsfeindliche Ideologie und übertriebene Panikmache“ dieser Fraktion. Es sei nicht richtig, den Eindruck zu erwecken, NRW sei auf diesem Gebiet Bahnbrecher gewesen: Vorangetrieben worden sei die Dioxinfrage vom Bundesumweltministerium und den Bundesländern Hessen und Baden-Württemberg. Die CDU stimme der Überweisung eines Antrags zu, der als „grüner Wolf im Schafspelz wirtschaftsfeindliche Zielsetzungen“ enthalte.

Ludgerus Hovest (SPD) meinte, der Antrag komme um Monate zu spät; er sei ein weiterer Versuch, „Themen künstlich am Leben zu erhalten“. Die hohen Dioxinwerte seien seit Ende Oktober vergangenen Jahres bekannt. Von den Grünen werde alles vermischt, um Angst bei der Bevölkerung zu erzeugen und der Regierung Untätigkeit vorzuwerfen. Statt Problembewältigung gebe es nur Stimmungsmache und Verunsicherung. Es sei wichtig, die Meßergebnisse nur zusammen mit Problemlösungen und Minimierungsmaßnahmen zu veröffentlichen.

Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) bezeichnete den Antrag als nicht zustimmungsfähig. Die grüne Fraktion betreibe Doppelstrategie: Einerseits fordere sie den Landtag zur Festlegung von Grenzwerten auf, andererseits ziehe sie über Land mit der Aussage: „Das ist alles Mumpitz.“ So lasse das Parlament nicht mit sich umgehen.

Der F.D.P.-Antrag „Neue Planungsgrundlagen für Garzweiler II erforderlich“ (Drs. 11/6231) wurde nach kontroverser Aussprache am 10. November in die Ausschußberatung überwiesen.

Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) begründete den neuen Antrag mit der Gefahr für das Grundwasser als einem der wichtigsten Bodenschätze in unserem Land. Von der Gesamtniederschlagsmenge gelangten nur noch etwa 14 Prozent in die grundwasserführenden Gesteinsschichten. Die Nutzung werde durch Nitrat und Phosphat belastet. Die Sumpfungmaßnahmen zur Gewinnung von Braunkohle stünden immer größerem Aufwand für die Wasserversorgung entgegen. 1990 seien noch 663 Millionen Kubikmeter Wasser gesumpft worden. Für Garzweiler II hielten die Bergbaubetreiber noch im Jahr 2020 150 Millionen Kubikmeter für erforderlich, damit könnte eine Stadt wie Mönchengladbach fünf Jahre lang mit Wasser versorgt werden. Der Braunkohleausschuß beim Regierungspräsidenten Köln habe sich von der Leitentscheidung der Landesregierung leiten lassen, in der aber die monetäre Bewertung des Grundwassers, Klärung der Sumpfungmaßnahmen und der Problematik des Restsees fehlten. Grundwasser müsse heute anders bewertet werden als noch vor einigen Jahren, es bedürfe eines besonderen Schutzes.

Hans Alt-Küpers (SPD) hielt den F.D.P.-Antrag für Unsinn und ohne Kenntnis des Planentwurf verfaßt. Gerade aus wasserwirtschaftlichen Gründen sei neben der geringeren Zahl von Umsiedlungen die Schutzlinie im geänderten Plan aufgebaut worden. Dabei sei es gerade um das Grundwasser gegangen; größerer Abstand zwischen Biotopen und Tagebau, geringere Abbautiefe, geringere Mengen von Fremdwässern, verkleinerter und verlagerter Restsee, um elf Jahre kürzere Füllzeit, weniger Abraum und anderes. Gerade die vom F.D.P.-Redner aufgezählten Ziele seien intensiv diskutiert und verbindlich einbezogen worden. Der Antrag sei wegen offensichtlicher Unkenntnis ärgerlich. Die Katze lasse die F.D.P. erst ganz am Ende aus dem Sack. Als Alternative zur Braunkohle gebe es im Grundlastbereich nur die Kernenergie. Nicht Landesparlamentarier, sondern die Betroffenen vor Ort sollten am Planverfahren beteiligt werden.

Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) hielt Ökologieargumente des Antrags für

Der Gesetzentwurf der SPD-Fraktion zur Änderung des Landesabfallgesetzes (Drs. 11/6063) wurde in zweiter Lesung am 10. November verabschiedet. Die Novelle sieht vor, den Kommunen eine zweijährige Fristverlängerung zur Änderung der Abfall-Gebührensatzung einzuräumen.

Klaus Strehl (SPD) unterstrich, daß mit der Novellierung des Landesabfallgesetzes nicht von den „ökologisch sinnvollen Gebührendifferenzierungen“ abgewichen werden solle. Es sei jedoch sinnvoll, „weitere Erfahrungen mit den unterschiedlichen Gebührenmaßstäben abzuwarten und auch entsprechend auszuwerten.“ Bisher sei die Kooperation auf diesem Gebiet zwischen Land und Kommunen sehr effektiv gewesen.

Heinrich Kruse (CDU) wies darauf hin, daß es wenig sinnvoll sei, den Kommunen theoretische Vorgaben zu machen, ohne ihnen praktische Hilfestellung zu geben. Die Ziel-

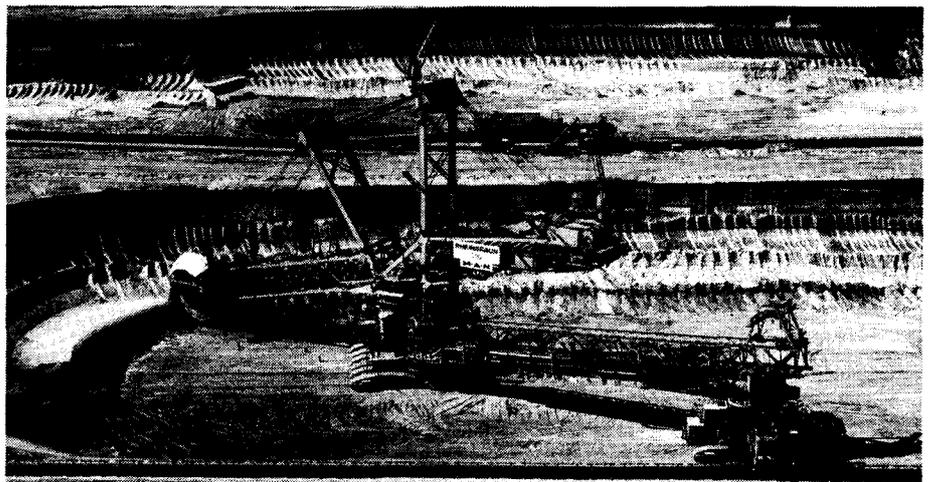
F.D.P. will neue Planung für Braunkohle-Tagebau Jetzt weniger Grundwasser für Garzweiler II

vorgeschoben und teilweise wörtlich übernommen. Die F.D.P.-Anträge zur Braunkohle seien arbeitsmarktpolitisch nicht verantwortbar und energiepolitisch falsch. Die Landesregierung habe sich die Leitentscheidung nicht leicht gemacht. Kein bergbauliches Vorhaben sei so sorgfältig und verantwortungsbewußt aufgearbeitet worden. Die unkalkulierbaren Risiken der Kernenergie gegen die kalkulierbaren Risiken der heimischen Kohle einzutauschen, sei er nicht bereit. Der F.D.P.-Antrag sei ein weiterer Versuch, die Kohle kaputtzureden, um dann der Kernenergie die Tür zu öffnen. Für ein neues Verfahren oder eine veränderte Bewertung gebe es keinerlei Anlaß.

Werner Stump (CDU) bezeichnete den Hinhalte-Versuch der F.D.P. als ungewöhnlich und nicht sachgerecht. Das Verfahren im Braunkohlenschaß werde von den betroffenen Bürgern und Gebietskörperschaften mit großer Sachlichkeit angenommen. Es dürfe nicht aus parteipolitischer Opportunität angehalten werden. Zur Zeit würden die vielen Stellungnahmen gesichtet. Im wasserwirtschaftlichen Bereich könne es noch Nachuntersuchungen geben. Wenn der Kreis Heinsberg nach Abbautechniken

frage, um Sumpfungmaßnahmen zu reduzieren, und die Stadt Erkelenz eine Dreiteilung des Feldes fordere, müsse man dem erneut nachgehen. Völlig falsch sei die Behauptung, der Schutz des Wassers werde nicht genug beachtet, und bei der Menge von Sumpfungswasser die Rückgabe in den Boden nicht zu erwähen. Nur in einem Punkt stimme die CDU zu: Wegen der Dimension des Tagebaus und der Energiepolitik müsse sich der Landtag damit befassen. Je mehr Transparenz, desto mehr Verständnis und Vertrauen sei zu ernten.

Gerd Mai (GRÜNE) vermutete, Garzweiler werde im nächsten Jahr Umweltthema Nummer eins werden. Der Grundwasserschatz in der Niederrheinischen Bucht solle leergepumpt werden. Selbst wenn es nach einigen Jahrzehnten wieder ansteige, könne es nicht als Trinkwasser verwendet werden, weil es durch die Innenkippen kontaminiert sei. Die Mengen für ein „Kippenmanagement“ seien nicht vorhanden. Schon jetzt gebe es einen Grundwassernotstand am Niederrhein. Die Erftscholle, der größte Grundwasserschatz des Landes, sei schon so gut wie leer. Durch den Tagebau drohe
Fortsetzung Seite 8



Um Braunkohle abzubauen, muß der Grundwasserspiegel abgesenkt werden. Durch Vertiefung von Brunnen, Aufbereitung und neue Wasserwerke stellt der Bergbaubetreiber die Wasserversorgung sicher. Bei der Genehmigung von Garzweiler II stehen die wasserwirtschaftlichen Auswirkungen des künftigen Tagebaus auf die Landschaft und den Boden im Blickpunkt der Gegner.
Foto: Rheinbraun

Zwei Jahre Frist für neue Abfallgebühren

vorstellung sei durchaus richtig, aber die „praktischen Probleme vor Ort“ müßten anhand von Erfahrungswerten in Angriff genommen werden. Dabei müsse auch berücksichtigt werden, daß immer wieder „illegale Wege für die Abfallentsorgung gesucht“ würden.

Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) warf der SPD-Fraktion vor, in den Kommunen „Planungsunsicherheit“ zu verursachen. Eine ökologische Gebührensatzung sei „nicht von heute auf morgen zurechtgezimmert“. Außerdem koste auch Entsorgungssicherheit Geld und schlage sich auf die kommunalen Gebührenhaushalte nieder. Die Landtagsfraktion der F.D.P. spreche sich aufgrund grundsätzlicher Bedenken gegen dieses Landesabfallgesetz aus.

Gerd Mai (GRÜNE) begrüßte die Einsetzung von Öko-Abgaben als marktwirtschaftliches Lenkungsinstrument „in Richtung Abfallvermeidung“. Das Gesetz sei deshalb anzuwenden, und zwar so, wie es jetzt sei, denn „wer Abfall spart, soll finanziell belohnt werden“. Außerdem müsse der Streit in den Kommunen um die Abfallentsorgung ökologisch sinnvoll geschlichtet werden.

Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) betonte, daß die Landesregierung weiterhin der Auffassung sei, daß das Gebührenprinzip einen Anreiz zur umweltbewußten Müllvermeidung gebe. Man müsse jedoch einräumen, daß die Kommunen Schwierigkeiten bei der Umsetzung ausgesetzt seien. Deshalb sei „eine Fristverlängerung zur Umstellung der kommunalen Satzung sinnvoll“. Aus diesem Grunde begrüße die Landesregierung die Novellierung des Landesabfallgesetzes.

Sichere Planung für Bergbau und Energie

In der von der CDU beantragten *Aktuellen Stunde* zum Thema „Energiewirtschaft und Bergbau brauchen jetzt Planungssicherheit“ am 12. November ging es um das Scheitern der energiepolitischen Konsensgespräche mit der SPD, um die Zusage einer befristeten und auf 7 Milliarden Mark begrenzten Verlängerung des Jahrhundertvertrags und um deren Umsetzung in den Unternehmen.

Dr. Helmut Linssen (CDU), Fraktionsvorsitzender, sah eine dauerhafte Zukunft für die Kohle nur im Energiemix. Auch Farthmann und Clement hätten das erkannt. Letzterem gebühre fast eine Medaille für „Tapferkeit vor der eigenen Partei“ für seinen Versuch, im SPD-Präsidium dafür eine Mehrheit zu bekommen. Die SPD solle sich mit dem neuen Kernkraftwerkstyp befassen und ihre politische Selbstfesselung aufgeben. Linssen zitierte Clement, in der Politik dürfe man es zumal unter sozialdemokratischen Vorzeichen mit der Vernunft nicht übertreiben. Mit Flucht in die Verweigerung sei keine Meinungsführung zu erringen. In den Konsensgesprächen sei die SPD bereits von der Kohlerunde 1991 abgerückt.

Ernst-Otto Stüber (SPD) warf ihm vor, nicht an einem Konsens interessiert zu sein, bei dem es um viel mehr gehe, nämlich auch um Restlaufzeiten, Energiesparen, rationellen Energieeinsatz, Wiederaufarbeitung, Zwischen- und Endlagerung und Entsorgung. Auch Bundeskanzler Kohl habe im Bundesrat Schluß gemacht mit der Verknüpfung von Kohle und Kernenergie. Die Menschen im Ruhrgebiet wehrten sich gegen „russisches Roulette“ mit ihrem Schicksal.

Hagen Tschoeltsch (F.D.P.) begrüßte die Bonner Beschlüsse, die sich voll mit der Position der F.D.P. im Landtag deckten. Die Politik habe ihren Beitrag zur Planungssicherheit erbracht, die Bergbau-Unternehmen könnten nun Konsequenzen ziehen und Produktivitätsreserven erschließen. Als Beispiel für Einsparungen nannte Tschoeltsch 300 Millionen Mark, die die Ruhrkohle jährlich für Deputate, auch an Rentner, zahle.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE) sah in der Debatte die Wiederholung des Erpressungsversuchs der CDU, Kohle gegen Kernenergie auszuspielen. Planungssicherheit für die Kohle gebe es durch Abschalten der Kernkraftwerke. Die Restnutzung von 40 Jahren in Mülheim-Klarich, der die SPD-Politiker zugestimmt hätten, schade der Kohle am meisten. Die SPD stehe vor einem Scherbenhaufen ihrer Ausstiegspolitik.

Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD) trat für mehr betriebswirtschaftliches Denken, weniger regional- und sozialpolitische Begleitung und für die Suche nach Mehrheiten bei den Konsensgesprächen ein.

Thema „Iran-Zusammenarbeit“ führte zu Eklat Kontroverse ging bei Debatte über Jülicher Projekt weiter

Beim Tagesordnungspunkt „Die Zusammenarbeit der Bundesregierung mit der iranischen Regierung beenden!“ auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN kam es am vergangenen Mittwoch zu einer streckenweisen heftigen Kontroverse zwischen den Grünen und den anderen Fraktionen, die sich auch noch in den nächsten Tagesordnungspunkt „Kein neues Nuklearprojekt im Forschungszentrum Jülich“, ebenfalls auf Antrag der Grünen, hineinzog. Der Parlamentarische Geschäftsführer der F.D.P., Hagen Tschoeltsch, beantragte nach Paragraph 45 der Geschäftsordnung, den Übergang zur Tagesordnung, weil es sich ausschließlich um Außenpolitik handele. Er meine aber, man sollte sich um die Probleme im Land kümmern. Grünen-Sprecherin Bärbel Höhn sah hingegen durchaus einen innenpolitischen Bezug. Der Geschäftsordnungsantrag wurde indessen mit Mehrheit angenommen und anschließend das Jülich-Thema aufgerufen. Die Grünen verzichteten auf eine Teilnahme an der Beratung.

Helga Gießelmann (SPD) berichtete, das Projekt NOKO — so wohl die Abkürzung für Notkondensator — solle der Verifizierung und Validierung eines Sicherheitskonzeptes durch den unabhängigen Sachverstand, der in der KFA vorhanden sei, dienen. Sie gehe davon aus, daß dies ein Drittmittelprojekt sei, das von den Auftraggebern finanziert werde. Nach Auskunft der Landesregierung sehe sie keine Notwendigkeit, sich über die beiden Vertreter im Aufsichtsrat der KFA gegen dieses Projekt zu engagieren. Es handele sich um ein Teilsystem eines Siedewasserreaktor-Konzeptes. Es werde kein spaltbares Material eingesetzt. Daher bestehe auch keine Genehmigungspflicht nach dem Atomgesetz. Es sei kein nukleares Forschungsprojekt, wie es die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in ihrem Antrag nenne. Ein Einstieg in eine neue Kernkrafttechnologie sei mit der SPD nicht möglich.

Landtagsvizepräsident Ulrich Schmidt wies darauf hin, daß sich der Grünen-Abgeordnete **Dr. Michael Vesper** zur Geschäftsordnung gemeldet habe. **Schmidt** entschied jedoch, daß zunächst der Tagesordnungspunkt 16 (Jülich) abgehandelt werde. Er rief den Grünen-Abgeordneten **Dr. Manfred Busch** auf, der sich aber „an diesem Spiel“ nicht beteiligen wollte.

Hans-Karl von Unger (CDU) sprach sich für Überweisung des Antrages an den Wirtschaftsausschuss sowie an den Wissenschaftsausschuss aus, weil man für die Kernenergie und ihre sicherheitstechnische Verbesserung sei und zwar aus Verantwortung gegenüber „unserer eigenen und gegenüber der Weltgesellschaft“, die an Energiemangel leide, und gegenüber „unserem Auftrag, diese Energiedarbietung möglichst CO₂-frei zu machen.

Hagen Tschoeltsch (F.D.P.) wies darauf hin, der Notkondensator der Firma Siemens sei ein Konzept, das zur Sicherung der Kernenergieproduktion beitrage. Es handele sich hier um ein nichtatomares Experiment, das keiner atomrechtlichen Genehmigung bedürfe.

Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD) betonte, für ihn sei die Entwicklung eines solchen Notkondensators in erster Linie eine Frage der technologischen Entwicklung und des Anwendungsbereichs, des Transfers von Wissenschaft und Forschung in den Bereich der industriellen Anwendung hinein. Das gehöre für ihn zum Lebenselixier einer

solchen Großforschungsanlage. Er halte es für zwingend notwendig, daß diese Entwicklungsarbeiten weitergetrieben würden.

Nach diesem Beitrag meldete sich der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen, **Dr. Michael Vesper**, zur Geschäftsordnung. Er meinte, es sei gleich mehrfach gegen die Geschäftsordnung verstoßen worden zu Lasten der Grünen. **Vesper** beantragte, den Ältestenrat einzuberufen. **Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose** stellte später fest, der Ältestenrat sei zu dem Ergebnis gekommen, daß **Vizepräsident Schmidt** die Geschäftsordnung ordnungsgemäß und richtig angewandt habe.

Brigitte Schumann (GRÜNE) stellte in einer persönlichen Bemerkung die Frage, warum der Tagesordnungspunkt „Deutsch-Iranische Beziehungen“ abgesetzt worden sei. „Ich dachte, wir sind nicht im Iran, sondern in der Bundesrepublik Deutschland und könnten auch über so etwas reden.“

Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: „Ich halte diesen Vergleich nun wirklich für unzulässig.“

Dr. Manfred Busch (GRÜNE) vertrat die Ansicht, die drei anderen Fraktionen hätten politisch einen katastrophalen Fehler gemacht. Sie hätten die Demokratie mit Füßen getreten.

Reinhold Trinius (SPD) meinte, Entscheidungen, die mit Mehrheit getroffen würden, seien selbst dann zu akzeptieren, wenn sie der einzelne als hart empfinde.

Roland Appel (GRÜNE) sagte, er fühle sich durch das Verfahren betroffen und habe den Eindruck, daß es um jeden Preis darum gehe, über eine Sache nicht zu reden.

Grundwasser...

Fortsetzung von Seite 7

die Venloer Scholle zerstört zu werden, während Matthiesen mit vielen Millionen versuche, den letzten Frosch zu retten. Das Landesamt für Wasser und Abfall rate dringend davon ab, mit Garzweiler in das sensible Gebiet zu gehen. Die SPD im Bundestag fordere 100 Millionen Tonnen ostdeutsche Braunkohle zu fördern. In NRW wolle sie ebensoviel über Jahrzehnte sichern. Das sei Überkapazität bei Kohle und bei Strom, dafür gebe es keine Abnehmer. Als Energieträger mit den höchsten Emissionen sei Braunkohle nicht mit dem Klimaschutz vereinbar. Die Grünen wollten weg von der Kernkraft und weg von der Großkraftwerkstruktur.

Sprecher: Wer wirtschaften soll, muß auch entscheiden können

Studentenwerke: Aus Behörden sollen Dienstleistungsunternehmen werden

Mit ihrem Gesetz zur Änderung des Studentenwerksgesetzes (Drs. 11/5768) will die Landesregierung die Leistungsfähigkeit dieser Anstalten öffentlichen Rechts steigern, mehr Wirtschaftlichkeit herbeiführen und die Eigenverantwortlichkeit stärken. Ziel dabei ist die „Behörde Studentenwerk“ zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen im Lebensraum Hochschule weiterzuentwickeln. Über den Gesetzentwurf führte am 5. November der Wissenschaftsausschuß unter Leitung von Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.) eine Anhörung durch, zu der die Geschäftsführer, Vertreterinnen und Vertreter der Studierenden und der Studentenwerksbeschäftigten eingeladen waren.

Für die Arbeitsgemeinschaft der Geschäftsführer der nordrhein-westfälischen Studentenwerke forderte Theodor Oecking, Leiter des Dortmunder Studentenwerks, die Wirtschaftsführung nach kaufmännischen Gesichtspunkten nicht nur verbal zuzusichern, sondern durch gesetzliche Regelung sicherzustellen. Wenn man weiterhin den Grundsätzen der Landeshaushaltsordnung (LHO) unterworfen bliebe und alle Entscheidungen durch das Wissenschaftsministerium getroffen würden, „dann bleibt alles Leerformel“. Wer verantwortungsbewußt handeln solle, der müsse auch entscheiden können, fand Oecking. Der jedes Jahr aufzustellende Wirtschaftsplan bedürfe nicht mehr der Genehmigung, sondern solle nur noch angezeigt werden müssen. Angesichts steigenden Ersatzbedarfs sollten die Studentenwerke kleinere Geräte — Oecking nannte einen Wert zwischen 10 000 und 50 000 Mark — anschaffen können, wenn

Konsole sei bei dieser Sitzverteilung sichergestellt.

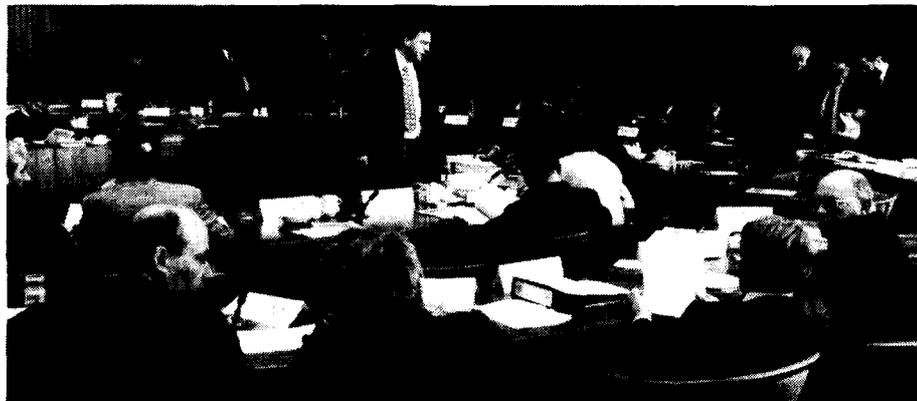
Zum Amt des Geschäftsführers von Studentenwerken führte der Sprecher aus, angesichts des höheren Maßes an Verantwortung in dieser Position sollte eine Zulage gewährt werden. Trotz der um 300 bis 400 Prozent gestiegenen Zahl der Studierenden befände man sich im Bereich der Geschäftsführervergütung auf dem Stand vor 20 Jahren. Was die Arbeit der Ämter für Ausbildungsförderung angehe, soll die Rückführung von der vier- auf die dreistufige Verwaltung Kosten sparen. Bei der Kulturarbeit wollten die Studentenwerke nicht „oberste Kulturveranstalter“ sein, sondern dort unterstützen und animieren, wo es gewünscht sei und nicht nur Räume zur Verfügung stellen. Nach dieser übergreifenden Stellungnahme kamen die örtlichen Studentenwerke des Landes zu Wort, um aus regionaler Sicht Ergänzungen anzubringen. Unterstützt wur-

Beibehaltung der jetzigen Gremienzusammensetzung, betonte Günther Remmel — eine Forderung, der der Geschäftsführer des Akademischen Förderungswerks Bochum, Jürgen Graf, ausdrücklich zustimmte. Remmel sah bei einer Änderung voraus, daß die Konflikte zwischen Studierenden und Beschäftigten zunehmen würden; er verwies auf 20 Jahre gute Erfahrungen in Bielefeld. Es müsse vermieden werden, daß eine Gruppe die andere dominieren könne, schloß er. Einen anderen Akzent setzte Dr. Dieter Iversen für das Bonner Studentenwerk. Er trug das Votum vor, daß im Verwaltungsrat Vertreter der Allgemeinen Studentenausschüsse (Asten) mit beratender Stimme vertreten sein sollten. Man sei gegen eine Vergütung der Verwaltungsrattätigkeit und ziehe ein an die Anwesenheit gebundenes Sitzungsgeld vor. Die Sprecher der Studentenwerke Duisburg (Ansgar Schuldenzucker) und Düsseldorf (Manfred Losen) stellten sich hinter das gemeinsame Votum der Geschäftsführer.

Ulrike Weingart, Geschäftsführerin des Studentenwerks Essen, setzte sich dafür ein, die Zahl der studentischen Mitglieder im Verwaltungsrat um zwei zu erhöhen; dieses Gremium hätte dann 17 Mitglieder, was seine Effizienz nicht beeinträchtigen würde. Auch sie drückte die Ablehnung einer Vergütung aus, lediglich dem Verwaltungsausschüßvorsitzenden könnte eine Aufwandsentschädigung gewährt werden.

Hanns-Peter Krauss, Geschäftsführer des Kölner Studentenwerks, äußerte gegen studentische Majorität Bedenken: Entscheidungsstrukturen müßten so zugeschnitten sein, daß sie auch im Konfliktfall funktionieren. In Vertretung des erkrankten Geschäftsführers des Studentenwerks Münster erklärte Habbo Herlyn, im Gesetz sollte eine Maximalgrenze für den studentischen Sozialbetrag festgelegt werden. Auf die Bewahrung der Drittelparität wies Johannes Freise (Studentenwerk Paderborn) hin: Mit den Stimmen der Studierenden habe der Verwaltungsrat das Votum gefaßt, es sollte bei der bisherigen Drittelparität bleiben.

Detlef Rujanski vom Studentenwerk Siegen artikuliert den Willen des Siegener Verwaltungsrates, daß den Bediensteten eine angemessene Vertretung einzuräumen sei. Dazu könnte man die Bediensteten aus dem Kontingent der Hochschulangehörigen nehmen. Das Hochschulsozialwerk Wuppertal erinnerte über seinen Geschäftsführer Fritz Berger-Marchand daran, daß Wuppertal als einziges Studentenwerk den Referententwurf dieses Gesetzes rundweg abgelehnt und dafür plädiert habe, das jetzige Gesetz beizubehalten. Motiv dieser Ablehnung sei die Befürchtung des Verwaltungsrates gewesen, mit den neuen Regelungen wolle sich das Land auf Kosten der Studierenden „sanieren“. Diese Meinung werde aufrechterhalten, betonte der Sprecher, der vorliegende Entwurf sei weder Fisch noch Fleisch. Berger-Marchand forderte unter anderem, im Gesetz — wenn es komme — eine bestimmte Dynamisierung des Zuschusses vorzusehen. Außerdem sollte der Entwurf klare Übergangsregelungen mit Bestandsschutz enthalten. Man lehne den Ausschluß der Bediensteten ab und sei gegen die Verlagerung von Entscheidungen vom Verwaltungsrat in den Verwaltungsausschuß.



Auf lebhaftes Interesse bei den Betroffenen fiel die Anhörung des Wissenschaftsausschusses zum geplanten neuen Studentenwerksgesetz: Alle 13 Studentenwerke des Landes waren, zum Teil mit mehreren Sprecherinnen und Sprechern, vertreten. Foto: Schüler

ihre Beschaffung sofort geboten sei. Was die Festbeträge des Landes angehe, so sollten sie im Studentenwerksgesetz selbst geregelt werden.

Wenig hielt der Sprecher davon, in Abkehr von der, wie er sagte, bewährten Drittelparität, den Einfluß der Studierenden in der Zusammensetzung der Gremien zu stärken. Angesichts der mitunter mangelnden Präsenz studentischer Vertreter bei den Sitzungen von Verwaltungsrat und Verwaltungsausschuß und der Notwendigkeit zur gruppenübergreifenden Konsensbildung sollte die Sitzverteilung ernsthaft überprüft werden. Die Gruppe der Mitarbeiter sollte weiterhin im Verwaltungsrat vertreten sein, hier handele es sich landesweit um mehrere tausend Beschäftigte. Oeckings Vorschlag: Den Verwaltungsrat durch ein kooptiertes Mitglied und zwei Mitarbeiter der Studentenwerke zu ergänzen. Der anzustrebende

den die Geschäftsführer durch Studierende und Vertreter der Mitarbeiter, die zum Teil abweichende Voten dem Ausschuß zu Gehör brachten. Für das Studentenwerk Aachen schlug dessen Geschäftsführer Werner Stark vor, die Umstellung vom Bezuschussungssystem auf das neue Verfahren der Festbeträge schrittweise in vier bis fünf Jahren stattfinden zu lassen. Personal- und Investitionshoheit seien Kernpunkte wirtschaftlichen Handelns, daher werde die Bindung der Stellenübersicht der Studentenwerke an den Landshaushalt abgelehnt. Die Werke sollten sich ihren Geschäftsführer selbst aussuchen können; bei Investitionen sollte auch der Weg über die Kreditfinanzierung offenstehen. Das Gesetz habe zudem eine zeitliche Befristung des Geschäftsführeramts vorzusehen.

Verwaltungsrat und -ausschuß des Studentenwerks Bielefeld seien einstimmig für die

Debatte im Hauptausschuß über Organisation der Landtagsverwaltung

Beim Einsatz von Informationstechnik wird Personalrat in alle Überlegungen einbezogen

Der neue Dioxin-Untersuchungsausschuß erfordert zusätzliche Haushaltsmittel. Der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Lothar Hegemann stellte bei der 57. Sitzung des Hauptausschusses unter dem Vorsitz von Reinhard Grätz (SPD) zwar die Vermutung auf, der Ausschuß werde „knackig über die Bühne“ gehen, dennoch brauche man dieses Jahr noch Geld. Ein halber Jahresbedarf sollte berücksichtigt werden. Landtagsdirektor Heinrich A. Große-Sender sah kein Problem darin, dieses Jahr noch überplanmäßige Mittel bereitzustellen.

Große-Sender war auch gleich beim nächsten Tagesordnungspunkt aufgerufen. Einsatz von Informationstechnik bei der Landtagsverwaltung hieß das Stichwort. Man sei inzwischen führend, was die Datenverarbeitung angehe, berichtete er. So sind nach seinen Worten bei der Verwaltung des Parlaments am Rhein inzwischen 201 Büros mit Computern und Datenverarbeitung ausgestattet. 90 Prozent aller Büroarbeitsplätze verfügen über Personalcomputer. Bei alledem habe man immer die Verbesserung der Dienstleistung für das Parlament im Auge gehabt, betonte der Landtagsdirektor. Als Beispiel nannte er unter anderem die Beschleunigung der Petitionsbearbeitungsverfahren. Als wichtig stellte er heraus, daß der Personalrat in alle Überlegungen einbezogen worden sei. Große-Sender gab auch einen Ausblick auf die Zukunft. Er brachte sein „Lieblingskind“, das sogenannte Expertensystem, das es in der freien Wirtschaft schon gebe, in die Diskussion. Nach seinen Angaben handelt es sich dabei um wissensbasierte Datenbanken. Als konkretes Beispiel, wo man einmal mit der Anwendung anfangen könnte, nannte er die Unterstützung bei der Beratung des Gemeindefinanzierungsgesetzes. Er gab der Hoffnung Ausdruck, im nächsten Jahr einer kleinen Anwendergruppe einen solchen Prototyp vorstellen zu können. Die gesamte Arbeit sei in engem Kontakt mit den Fraktionen erfolgt. Zum Schluß seiner Beratungen am 4. November beschäftigte den Hauptausschuß das Thema „Organisationsuntersuchung der Landtagsverwaltung“. Zur sogenannten „Ist-Aufnahme des Aufgabenbestandes“ hatte die Landtagsverwaltung kurzfristig eine umfangreiche Vorlage vorbereitet. Bei der Erörterung kristallisierten sich im Ausschuß zwei Problemfelder heraus. Das eine umrissen die Oppositionssprecher Ruth Hieronymi (CDU) und Dr. Achim Rohde (F.D.P.) mit ihrer Forderung, die Organisationsuntersuchung „nach außen“ zu vergeben, wobei man im übrigen einem Votum der Landtagspräsidentin entsprechen würde. Den anderen Problemkreis kennzeichnete SPD-Sprecher Jürgen Büssow mit der Frage: „Welches Bild haben wir selbst von uns und unserer Arbeit?“ Die Parlamentarier müßten eine Definition vorausgeben, was die Aufgaben einer Landtagsverwaltung seien. Büssow merkte an, der nordrhein-



DIE SPD-Bank im Hauptausschuß

westfälische Landtag sei das erste Parlament, das sich mit dieser Fragestellung beschäftige.

Die Reaktionen auf die Vorlage der Landtagsverwaltung fielen indessen unterschiedlich aus. Die stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Hieronymi sprach ihren Dank aus. Umfang und Qualität der Aufgaben der Landtagsverwaltung hätten in den letzten Jahren nicht in Frage gestanden.

Effizienzsteigerung

Worum es gehe, sei Effizienzsteigerung. Die Fraktionssprecherin der Grünen, Bärbel Höhn, hingegen ließ kein gutes Haar an dem Konvolut. Was dick sei, müsse nicht immer gut sein, meinte Frau Höhn. Sie nannte die Vorlage einen „aufgemoppelten Geschäftsverteilungsplan“. Der SPD-Abgeordnete Hans Kern äußerte daraufhin sein Unverständnis über eine solche Auffassung. Zur Vorbereitung von Entscheidungen sei der Band gut geeignet. Als „gut und richtig“ bezeichnete es auch der SPD-Abgeordnete Helmut Hellwig, daß die Verwaltung eine Ist-Aufnahme vorgelegt habe. Möglicherweise unter Zuhilfenahme Dritter müsse jedoch die Frage geklärt werden, „was wir uns unter einem effizienten Parlament vorstellen“. Beistand erhielt Hellwig daraufhin vom CDU-Politiker Hegemann, der dessen Aussage, sich externen Sachverständigen bedienen zu wollen, begrüßte.

Die Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD, Birgit Fischer, begrüßte dagegen die Ist-Aufnahme sehr. Sie machte darauf aufmerksam, daß es sich dabei um keine Ist-Analyse handele. Es gehe nicht nur um die Frage der Effizienz. Bei der Beratung müsse mit überlegt werden, welche Aufgaben denn die Verwaltung in einem Parlament habe. Für die Aufgabenbeschreibung müsse man sich Zeit nehmen und auch auf die Frage

eingehen, wie sich der Parlamentarismus in Zukunft entwickle.

Die CDU-Sprecherin Hieronymi warnte allerdings davor, die Organisationsuntersuchung von einer Untersuchung des Auftrages der Abgeordneten abhängig zu machen. Zwischen beiden Bereichen müsse strikt getrennt werden.

Vorsitzender Reinhard Grätz nahm am Ende der Sitzung die Landtagsverwaltung in Schutz. Er nannte die von ihr erstellte Vorlage „eine sehr gute Übersicht“.

Antrag auf Novellierung der Geschäftsordnung an Hauptausschuß überwiesen

Einstimmig hat der Landtag einen Antrag der SPD-Fraktion auf Novellierung der Geschäftsordnung des Landtags Nordrhein-Westfalen an den Hauptausschuß überwiesen (Drs. 11/6064).

Auszeichnung

Für zwei herausragende Dissertationen verlieh der Landschaftsverband Rheinland das Paul-Clemen-Stipendium. Dr. Ulrike Wehling untersuchte die mittelalterliche Mosaikausstattung des Aachener Münsters und ihre neuzeitlichen Restaurierungen. Dr. Alexander Kierdorf befaßte sich mit Industriellenwohnsitzen im Ruhrgebiet 1900 bis 1914. Die jungen Kunstgeschichtler stellten bei der Festveranstaltung im Kaisersaal der Abtei Brauweiler nach den Laudationes der Professoren Horst Hallensleben (Bonn) und Günter Binding (Köln) ihre Arbeiten vor. Im Festvortrag der Architekturkritikerin Dr. Ingeborg Flagge (Bonn) ging es um „Neue Bauten und alte Architektur“.

Etikettenschwindel

Aus holländischen Tomaten wurden plötzlich deutsche

Im Rahmen einer Aktuellen Viertelstunde, die von der SPD-Fraktion im Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz (Vorsitzender Heinrich Kruse, CDU) in seiner Sitzung am 28. Oktober beantragt wurde, teilte der Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft mit, daß die nordrhein-westfälischen Überwachungsbehörden umfangreiche Betrügereien mit falschen Herkunftsangaben oder Sortenbezeichnungen bei Gemüse, Obst und Kartoffeln festgestellt haben.

Kontrollen an Erzeugergroßmärkten und beim gewerblichen Großhandel hätten ergeben, daß 1751 Tonnen Möhren aus EG-Ländern als deutsche Möhren gekennzeichnet waren, 1158 Tonnen Porree aus EG-Ländern als deutscher Porree verkauft wurden, 348 Tonnen Tomaten aus Holland als deutsche Tomaten deklariert waren. Ferner wurden für 798 Tonnen Zwiebeln falsche Herkunftsbezeichnungen festgestellt. Bei 1327 Tonnen Äpfeln waren die Herkunftsbeziehungsweise die Sortenbezeichnungen falsch und 4955 Tonnen Kartoffeln hatten falsche Sortenbezeichnungen.

Aufgrund dieser Verstöße seien gegen elf Unternehmen Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet worden; bereits vier Verfahren sind mit Geldbußen von 23000 Mark zum Abschluß gebracht worden.

Für die Landesregierung stellte Minister Klaus Matthiesen (SPD) fest, daß falsche Herkunftsangaben und falsche Sortenbezeichnungen ein Verstoß gegen die handelsklassenrechtlichen Vorschriften seien.

Die Überwachungsbehörden seien angewiesen worden, schnell und umfassend durchzugreifen. Wer den Verbraucher täusche, um damit Geschäft zu machen, müsse wissen, daß dies kein Kavaliärsdelikt, sondern ein schwerwiegender Rechtsverstoß sei.

Die Landesregierung habe bereits folgende Schritte eingeleitet:

- Anweisung an die Überwachungsbehörden, alle in Frage kommenden Märkte und Unternehmen verstärkt zu überprüfen.
- Aufforderung an den Bundeslandwirtschaftsminister, den §3 der Bundesverordnung über Qualitätsnormen für Obst und Gemüse dahingehend zu ändern, daß künftig in Rechnungen und Liefererscheinungen neben der Handelsklasse auch die Herkunft obligatorisch angegeben wird. Die Agrarminister der Länder seien ebenfalls unterrichtet und um Unterstützung gebeten worden.
- Die Wirtschaft wurde aufgefordert, ihrerseits Schritte zur Qualitätssicherung zu übernehmen und Vertrauen beim Verbraucher in die Richtigkeit der Angaben über die Herkunft der Produkte zu schaffen.

Angesichts der öffentlichen Diskussion über die Qualität des Fleisches in den Supermärkten und der hier in Nordrhein-Westfalen festgestellten Verstöße bei Obst und Gemüse sei die Wirtschaft gefordert, ebenfalls in die Offensive zu gehen. Man werde in Kürze mit Verbänden und der Wirtschaft Gespräche über die Einführung beziehungsweise Verbesserung qualitätssichernder Maßnahmen aufnehmen.

Haftregelungen

Die gewaltsame Befreiung eines Häftlings aus der Justizvollzugsanstalt Schwalmstadt in Hessen mit Hilfe eines Bundeswehrpanzerfahrzeugs hat keinen Anlaß gegeben, die

Klärungsprozeß

Die Beanstandungen des Landesrechnungshofs (LRH) zur mangelhaften Verwaltung des Landesinstituts für Schule und Weiterbildung (LSW) gehen ihrer Klärung entgegen. Über die einzelnen Punkte der Mängelliste will der Ausschuß für Haushaltskontrolle (Vorsitzender Walter Neuhaus, CDU) auf seiner nächsten Sitzung die entsprechenden Beschlüsse fassen.

Für die CDU beantragte Franz-Josef Britz, die Beschlußfassung in der Sitzung am 9. November nicht durchzuführen, sondern zu vertagen. Seine Fraktion habe noch Bedarf an weiteren Informationen. Britz stellte neun Fragen zum Sachverhalt, die von LRH und Kultusministerium beantwortet wurden. Die große Einigkeit zwischen LRH und KM, die in der Beantwortung zum Ausdruck kam, werte seine Fraktion, so Britz ausdrücklich, nicht als Beweis dafür, „daß vorher alles in Ordnung war“. Auch der Sprecher der F.D.P., Dr. Horst-Ludwig Riemer, äußerte ein „ungutes Gefühl“ angesichts der Einigung: Der LRH gebe sich offenbar mit einer ganzen Reihe von Absichtserklärungen zufrieden, „der LRH ist mir zu offen für das Prinzip Hoffnung“.

Anders der Sprecher der SPD, Karl-Heinz Brülle: Seine Fraktion habe zwar nichts gegen die Vertagung, für die SPD sei aber kein Klärungsbedarf mehr gegeben. In „zügiger, gründlicher und erfolgreicher Arbeit“ sei inzwischen der Klärungsprozeß zwischen LRH und KM erfolgt; dafür sei beiden zu danken.

bestehenden Regelungen zur Behandlung besonders gefährlicher Gefangener in NRW zu ergänzen oder zu ändern. Das geht aus der Antwort des Justizministeriums auf eine Kleine Anfrage des CDU-Abgeordneten Lothar Hegemann hervor (Drs. 11/5544).



Mit dem Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ist der CDU-Abgeordnete Franz Riscop ausgezeichnet worden. Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe überreichte den vom Bundespräsidenten verliehenen Orden in einer Feierstunde im Landtag. Die Präsidentin wies in ihrer Laudatio darauf hin, daß Franz Riscop seit 1980 dem Landtag angehöre. Bereits bei seiner ersten Kandidatur sei er als direkt gewählter Abgeordneter im Wahlkreis 28, dem Rhein-Sieg-Kreis II, für die CDU in das Parlament eingezogen. Er habe sich auf die Arbeit im Petitionsausschuß, im Haushalts- und Finanzausschuß sowie im Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen konzentriert. Der CDU gehöre er seit 1957 an. Für seine Verdienste um die Stadt Königswinter sei ihm 1981 der Ehrenring der Stadt verliehen worden. Im linken Bild von links: Landtagspräsidentin Friebe, Franz Riscop und seine Ehefrau. — Ebenfalls mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ist der CDU-Abgeordnete Dr. Hans Horn ausgezeichnet worden. Die Landtagspräsidentin überreichte den Orden bei einem kleinen Festakt. In ihrer Laudatio machte sie darauf aufmerksam, daß Dr. Horn bereits während der 9. Legislaturperiode Mitglied des Landtags gewesen sei. Seit Mai 1990 gehöre er erneut dem Parlament an. Er sei ordentliches Mitglied des Kulturausschusses und des Ausschusses für Schule und Weiterbildung. Schon während seiner ersten Abgeordnetenzzeit sei ihm die politische Bildung in der Schule ein besonderes Anliegen gewesen. Bei der Ausübung seines Landtagsmandates habe er sich insbesondere für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger des oberbergischen Kreises eingesetzt. Im rechten Bild von rechts: Landtagspräsidentin Friebe, Dr. Hans Horn und seine Ehefrau.

Fotos: Schüler

Sechs neue Personalstellen für Regionale Arbeitsstellen für Ausländer

Integrationshilfen bleiben im nächsten Haushaltsjahr im wesentlichen unangetastet

Das Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1994, speziell die in den Einzelplänen 05 (Kultusministerium [KM]) und 07 (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales [MAGS]) zur Förderung von ausländischen Schülerinnen und Schülern sowie Aussiedlerkindern relevanten Haushaltsansätze standen im Mittelpunkt der jüngsten Beratungen der Arbeitsgruppe „Förderung von ausländischen Jugendlichen und Aussiedlerkindern“ unter Vorsitz von Jürgen Schaufuß (SPD).

Wie die Vertreter/innen des KM und des MAGS ihren Einführungen und den Beratungen des Haushalts voranstellten, sei in allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens festzustellen, daß die Bewahrung des Erreichten nicht mehr selbstverständlich sei. Das Erreichte auch nur zu erhalten, erfordere große Anstrengungen.

Die Bereiche zusätzlich zur Grundversorgung seien davon nicht ausgenommen. Noch 1993 standen 4932 zusätzliche Stellen bereit, von denen 1413 auf den muttersprachlichen Ergänzungsunterricht und 3519 auf die Integrationshilfen entfielen. 422490 ausländische und ausgesiedelte Schüler/innen werden derzeit in rund 6000 Schulen unterrichtet.

Der Grundsatz des Null-Stellenzuwachses treffe den Bildungsbereich in einer überaus ungünstigen Situation, hieß es weiter. Nach vielen Jahren des Schülerrückgangs sei wieder ein Anwachsen der Schülerzahlen festzustellen. Während die Schülerzahlen insgesamt um 1,2 Prozent wachen, steige die Zahl der ausländischen und ausgesiedelten Schülerinnen und Schüler um 5,6 Prozent an: Dazu gehörten Schüler/innen, die bereits in der zweiten und dritten Generation in Deutschland lebten. Standardsenkungen bei einigen Zuschlägen für muttersprachlichen Ergänzungsunterricht und Integrationshilfe seien deshalb notwendig. Ohne maßvolle Korrektur bei den Parametern wäre ein Mißverhältnis zwischen den Allgemeinrelationen und den Zuschlagsrelationen für ausländische und ausgesiedelte Schüler/innen entstanden.

Die Veränderung von Zuschlagswerten lasse den Gesamtbestand von Stellen für die Integrationshilfe und den muttersprachlichen Ergänzungsunterricht aber unangetastet. Die im Haushalt 1993 ausgewiesenen 45 Stellen für Regionale Arbeitsstellen für Ausländer/innen (RAA) bleiben erhalten und sollen um sechs Stellen ausgeweitet werden, damit über drei neue Anträge positiv entschieden werden kann. Sie stammen aus Aachen, Heinsberg und Köln. Weitere Anträge aus Mülheim, dem Rheinisch-Bergischen Kreis sowie Bielefeld lägen vor. Nicht zuletzt aufgrund der herausragenden Bedeutung der RAA im Rahmen der Integrationsarbeit für ausländische Schüler/innen sprach sich die Arbeitsgruppe einstimmig dafür aus, daß die haushaltsmäßigen Voraussetzungen bei den weiteren Beratungen in den Fachausschüssen für die Einrichtung zusätzlicher RAA-Stellen geschaffen werden sollten.

Im Haushalt des MAGS seien wie bisher wieder eine Million Mark für Maßnahmen zur Bekämpfung der Ausländerfeindlichkeit veranschlagt. Der Maßnahmenbestand bei den Einschulungshilfen bleibe qualitativ gesichert. Im Hinblick auf das Kindergartenbauprogramm des Landes sei eine zehnprozentige quantitative Kürzung vorgenommen worden. Aufgrund des nachlassenden Zuzugs von Aussiedlern seien auch die Ansätze für Fahrtkosten, die sogenannte Kulturpauschale sowie Aufwendungen für Förderinternate maßvoll reduziert worden. Die Arbeitsgruppe nahm zur Kenntnis, daß aufgrund der äußerst angespannten Finanz-

situation pädagogisch Wünschenswertes nicht mehr im bisherigen Umfang machbar sein werde. Die Ressorts hätten sich jedoch bemüht, die Eingriffe in den Haushalt so gerecht und schonend wie nur möglich zu gestalten.

Gegenüber weiterer Beratungen war der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Lernen für das Leben in einer multikulturellen Gesellschaft (Drs. 11/2643). Die Arbeitsgruppe befürwortete den Antrag im wesentlichen und stimmte der Zielsetzung zu. Im Bericht an den federführenden Fachausschuß wird festgestellt: „Die Integration ausländischer Jugendlicher ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nur langfristig unter Beteiligung aller gesellschaftlichen

Fortsetzung Seite 13

Leser schreiben...*

Flugplatz Essen/Mülheim

(„Landtag intern“ Nr. 18/1993, Wort und Widerwort)

Der Flugplatz Essen/Mülheim hat durch seine Nähe zu den Flugplätzen Düsseldorf, Köln/Bonn, Mönchengladbach und Dortmund keine Entwicklungschance. Dafür sprechen die Zahlen der Passagiere und Flugbewegungen. Es ist schon erstaunlich, wie beharrlich Vertreter des Verkehrsministeriums und auch weitab wohnende Abgeordnete den Willen der betroffenen Städte und ihrer Bürger ignorieren.

Auch am Flughafen Düsseldorf haben sich die Flugbewegungszahlen nicht so entwickelt, wie vor Verabschiedung des Luftverkehrskonzeptes 2000 vorausgesagt. Die versprochene Verlagerung von Schul- und Sport- sowie Hobbyfliegern ist rechtlich nicht durchsetzbar. Nicht einmal einen neuen Heimatflugplatz hat die Landesregierung den am Flugplatz E/MH beheimateten Kleinmaschinenfliegern angeboten. Auch die zugesagte Begrenzung von Flugbewegungen ist rechtlich kaum durchsetzbar.

Seit Jahren wurden der Bevölkerung in Essen und Mülheim/Ruhr viele bisher nicht eingehaltene Versprechen gemacht.

Viele Fragen der Belastungen und Gefährdungen der Essener und Mülheimer Bürgerinnen und Bürger blieben bisher unbeantwortet. Ich persönlich halte die künftige Doppelschneise zu den Flughäfen Düsseldorf und Mülheim für unzumutbar für die überflügten Krankenhäuser, Schulen, Kindergärten und Wohnungen.

Statt an der Einberechnung von E/MH in das Luftverkehrskonzept festzuhalten, sollten endlich durchdachte Konzepte zur Verkehrsvernetzung der verbleibenden Flughäfen erarbeitet werden. Wenn den westdeutschen Flugplätzen Konkurrenz im europäischen Ausland droht, dann deshalb, weil ihre Erreichbarkeit und der Service an dortigen Flughäfen kontinuierlich verbessert wird.

Der Flugplatz E/MH muß aus verkehrsstruktur- und wirtschaftlichen Gründen aus dem Luftverkehrskonzept genommen werden!

(*Leserbriefe müssen nicht in jedem Fall mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen. Auswahl und Kürzungen bleiben vorbehalten)



Der FC Landtag, die Fußballmannschaft des Landesparlaments, unterstützt die Initiative des deutschen Sports und der Deutschen Olympischen Gesellschaft „Fair geht vor“. Dazu hat sich das Team entsprechende Trikots übergestreift. Foto: Dieter Aisleben

Antwort der Landesregierung auf Große SPD-Anfrage zu Umwelt und Auto

Möglichkeiten einer neuen Stadtverkehrspolitik

Eine effektive Verkehrspolitik muß nicht nur den Belastungen der Umwelt entgegenwirken, sondern auch unter Wahrung ökologischer Gesichtspunkte die Mobilität berücksichtigen. Das stellte Verkehrsminister Franz-Josef Kniola (SPD) in der Beantwortung der Großen Anfrage 21 der SPD-Landtagsfraktion zu „Umweltbelastungen durch das Auto — Möglichkeiten einer künftigen (Stadt-) Verkehrspolitik“ in den Vordergrund.

Der Autoverkehr sei zwar für die Umweltschäden nicht allein verantwortlich, jedoch trage er vor allem durch den Schadstoffausstoß einen großen Anteil daran. Bei einigen in Kfz-Abgasen enthaltenen Stoffen sei außerdem festgestellt worden, daß diese krebserregend seien, wie zum Beispiel Benzol oder Dieselruß. Die Landesregierung sehe es hier als sinnvoll an, EG-weit die Schadstoffgrenzwerte zu verschärfen und die Qualität der Kraftstoffe zu verbessern. Einer Vorrangpolitik für umweltfreundliche Verkehrsarten wie den öffentlichen Nahverkehr werde außerdem erste Priorität eingeräumt. Eine gezielte Stadtentwicklungspolitik solle ferner dazu beitragen, das Autofahren in der Innenstadt mehr und mehr entbehrlich zu machen.

Zur Regelung des Schadstoffausstoßes bieten sich laut Verkehrsministerium auch technische Lösungen am Fahrzeug an. So könne der Einsatz von Aktivkohlefiltern oder Gaspandelsystemen bei der Betankung des PKW Verdunstungsverluste ausgleichen. Da aber voraussichtlich der Individualverkehr in den nächsten Jahren noch weiter zunehmen werde, müßten vermehrt Anreize für einen Umstieg auf Busse und Bahnen gesetzt werden. Um die Bürgerinnen und Bürger in der Wahl der Verkehrsmittel zum Umdenken zu bewegen, müsse dabei bestmögliche Mobilität gewährleistet bleiben. Dazu müsse beispielsweise das Linien- und Haltestellennetz des Öffentlichen Nahverkehrs so ausgebaut werden, daß alle wichtigen Zielgebiete bequem und leicht erreichbar seien. Außerdem sei das Fahrplanangebot zu verdichten, so daß längere Wartezeiten beim Umsteigen vermieden würden. Bei einer strukturellen Reformierung des ÖPNV müßten Bund, Länder und Kommunen im Sinne einer besseren Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs und eines Umstiegs vom Auto auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel zusammenarbeiten.

Parkraumbewirtschaftung im Innenstadtbereich sei eine weitere Komponente einer effektiven Verkehrspolitik. Die Landesregierung habe zu diesem Zweck die Parkhöchsätze auf 4,00 Mark pro Stunde verdoppelt. Außerdem seien die Verbindungen zwischen Park-and-ride-Plätzen und Nahverkehr verbessert worden. Die Einführung des Ticket 2000 im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr und die damit zusammenhängenden Firmen-Tickets seien von der Landesregierung auch finanziell unterstützt worden. Weiterhin sei seit 1991 nun an fast allen Hochschulen des VRR und des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg das Semester-Ticket für Studierende eingeführt worden. Die Kommunen werden weiter aufgefordert, die Parkraumbewirtschaftung durch Parkzeitbeschränkungen, Parkscheiben und Parkgebühren und durch die systematische Einfüh-

rung des Anwohnerparkens zu optimieren. Zur Abstimmung von Individual- und öffentlichem Nahverkehr sollten Parkleitsysteme installiert werden und das Parkraumangebot vom Innenstadtbereich auf Park-and-ride-Plätze verlagert werden. Die Parkraumförderung mit Städtebauförderungsmitteln sei von der Landesregierung überprüft und weitgehend eingestellt worden.

Umstieg auf das Fahrrad

Zusätzlich zum öffentlichen Nahverkehr müsse auch der Umstieg auf das Fahrrad attraktiver gestaltet werden. Dazu sollten verstärkte Radfahrspuren von den bisherigen Fahrbahnen abgetrennt werden und Einbahnstraßen für den Radverkehr geöffnet werden. Das Verkehrsministerium weist zu diesem Punkt auf die positiven Erfahrungen des Aktionsprogramms „Fahrradfreundliche Städte und Gemeinden“ hin. Zur Erweiterung des Radverkehrs sei auch der Ausbau von „Bike-and-ride“-Angeboten von großer Bedeutung. Die Möglichkeiten reichten von Fahrradabstellmöglichkeiten an Haltestellen über bewirtschaftete Fahrradstationen bis hin zum Fahrradverleih direkt an der Haltestelle.

Da „85 Prozent aller Fahrgäste des öffentlichen Verkehrs“ die Haltestellen zu Fuß erreichten, müsse sowohl die „Linienetz- und Haltestellendichte, die Gestaltung der Haltestellen“ als auch die Wege zur Haltestelle „den Bedürfnissen der Fußgängerinnen und Fußgänger angepaßt werden“. Fußgänger-, Fahrrad- und öffentlicher Verkehr müßten zu einem effektiven Verbundsystem ausgebaut werden, so Verkehrsminister Kniola.

Zur Finanzierung des kommunalen Verkehrs seien auch weiterhin erhebliche Aufwendungen nötig, um alle anstehenden Probleme zu lösen. Die Möglichkeit einer Nahverkehrsabgabe bestehe zum augenblicklichen Zeit-

punkt aus verfassungsrechtlichen Bedenken aber nicht. Zur Einführung von Straßenbenutzungsgebühren (Road-pricing) fehlten momentan ebenfalls die Voraussetzungen. „Road-pricing“ könne aber nach Ansicht der Landesregierung längerfristig ein geeignetes Mittel nicht nur zur Finanzierung des ÖPNV darstellen, sondern gleichzeitig zur Reduzierung des Individualverkehrs beitragen. Kurzfristig befürwortete die Landesregierung eine emissionsabhängige Gestaltung der Kraftfahrzeugsteuer. Diese reize Innovationen und technische Neuerungen am Fahrzeug an. Außerdem werde auf diese Weise auch der Flächenverbrauch des stehenden PKWs besteuert.

Beschränkungen des Individualverkehrs würden aber nur akzeptiert, wenn eine leistungsfähige Alternative im öffentlichen Nahverkehr zur Verfügung stehe. Die Landesregierung habe deshalb 1992 mit dem Aktionsprogramm „Trendwende zum Nahverkehr“ die Voraussetzungen für eine Vorrangpolitik des öffentlichen Verkehrs geschaffen. Bund, Länder und Kommunen blieben nun aufgefordert, sich die Lasten der Finanzierung zu teilen. So müsse auch die bevorstehende Regionalisierung des Schienenverkehrs finanziell vom Bund aufgefangen werden (Drs. 11/6148).

Integrationshilfen...

Fortsetzung von Seite 12

Gruppen zu bewältigen ist. Aus diesem Grunde muß die Gesellschaft der kulturellen Herkunft ausländischer Schüler/innen und Jugendlicher einen gleichberechtigten Platz im Bildungssystem und damit im schulischen Alltag einräumen. Die Erziehung unserer Kinder zu aktiver Toleranz ist Verfassungsauftrag für eine friedliche Zukunft. Die Bereitschaft der Lehrer/innen, sich durch die alltägliche Arbeit hierfür einzusetzen, ist deshalb nachdrücklich zu fördern.“



Sie berichten im Bild über das politische Geschehen im Plenum des Landtags: Bildberichterstatter von Zeitungen und Agenturen sowie Kameralleute der elektronischen Medien. Foto: Schüler

SPD-Fraktion

Breitensport liegt der SPD besonders am Herzen

Entgegen dem Haushaltsplan-Entwurf des Landes für 1994 sollen nach dem Willen der SPD-Landtagsfraktion die Zuschüsse für die Sport-Übungsleiter nicht gekürzt werden. Durch Umschichtungen und Kürzungen anderer Haushaltstitel sollen für diesen Bereich der Sportförderung im nächsten Jahr 21 Millionen Mark aus der Landeskasse bereitgestellt werden. Das ist sogar eine Million Mark mehr als im Vorjahr. Diesen Beschluß faßte die SPD-Mehrheitsfraktion im Rahmen ihrer Haushaltsklausurtagung. „Sport erfüllt in unserer Gesellschaft eine äußerst wichtige soziale Aufgabe“, begründete der sport-

politische Sprecher der Fraktion, Uwe Herder. Die Übungsleiter seien im Breitensport tätig. Herder erinnerte daran, daß bei uns in Nordrhein-Westfalen rund viereinhalb Millionen Menschen in fast 20 000 Sportvereinen organisiert seien. „Uns liegt vor allem der Breitensport am Herzen“, betonte Herder. Deshalb sei der SPD im Landtag der Zuschuß für Übungsleiter wichtiger als Prestige-Objekte.

★

An entscheidenden Punkten des Landesjugendplanes hat die SPD-Landtagsfraktion in ihrer Haushaltsklausur im Haushaltsentwurf 1994 vorgesehene Kürzungen bei der Jugendarbeit um mehr als fünf Millionen Mark rückgängig gemacht. Als wichtigste sozialpolitische Leistung des Landesjugendplanes sollen Kinder- und Jugendferienmaßnahmen auch 1994 mit 14,75 Millionen Mark gefördert werden. Kindern und Jugendlichen aus sozialen Brennpunkten und aus sozial schwachen Familien wird aus diesen

Mitteln die Teilnahme an Erholungsmaßnahmen ermöglicht.

Die SPD-Fraktion sprach sich auch gegen eine Kürzung der Jugendarbeit in offenen Jugendfreizeitstätten aus und erhöhte den vorgeschlagenen Haushaltsansatz um 3,279 Millionen Mark. Nicht zuletzt unter dem Eindruck der Erkenntnisse ihrer jüngsten Klausurtagung zum Thema „Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt“ verbiete sich eine Kürzung bei der Förderung der offenen Jugendarbeit, die vor allem in sozialen Brennpunkten stattfindet. Insgesamt soll die offene Jugendarbeit auch 1994 mit über 77 Millionen Mark gefördert werden. Erholungsmaßnahmen für körper- und geistigbehinderte Kinder und Jugendliche sollen ebenfalls von den üblichen Haushaltskürzungen ausgenommen werden. Die Landtagsfraktion beschloß einstimmig, für diesen Zweck 1,51 Millionen Mark vorzusehen und erhöhte den Haushaltsentwurf um 70 000 Mark.

CDU-Fraktion

Linssen: SPD muß mit Pöstchen-Kungelei Schluß machen

„Jetzt haben die NRW-Sozialdemokraten endlich den Beweis, daß sie mit ihrer Pöstchenkungelei beträchtlichen Schaden anrichten“, erklärt der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Helmut Linssen, zur Rücktrittserklärung des VRR-Geschäftsführers Wolfgang Röken. Dr. Linssen erinnerte daran, daß der Gladbecker Schullektor vor knapp einem halben Jahr gegen den heftigen CDU-Widerstand in dieses Amt berufen worden war. „Schon damals haben wir darauf hingewiesen, daß der Geschäftsführerposten beim VRR ein Full-

Time-Job ist, der mit einem Experten und nicht mit einem Partei-Versorgungsfall besetzt werden muß. Wenn Herr Röken jetzt das Handtuch wirft, dann sollte die SPD endlich zur Einsicht gelangen, daß eine solche Position mit einem Fachmann ohne Blick auf das Parteibuch besetzt werden muß.

★

SPD gab monatelangen Widerstand gegen externes Gutachten auf

„Ein von unabhängiger Seite erstelltes Gutachten über eine Leistungsbeschreibung der Landtagsverwaltung und damit verbunden über mögliche Einsparmöglichkeiten ist endlich in greifbare Nähe gerückt. Die SPD hat ihren monatelangen Widerstand gegen ein externes Gutachten aufgegeben“, kommentiert die stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Ruth Hieronymi, die Absicht

des Hauptausschusses, im nächsten Jahr 450 000 Mark für einen unabhängigen Gutachter bereitzustellen.

Nach langem Widerstand habe nun die SPD eingesehen, daß es in Zeiten des Sparens keinen Platz für Sonderbehandlungen mehr gebe. „Nur ein externes Gutachten garantiert wirklich eine detaillierte Durchforstung von Aufgaben und Aufgabenverteilung in der Landtagsverwaltung. Wenn Abgeordnete mit Vehemenz für Einsparungen in Landesministerien plädieren, dann dürfen sie auch die Landtagsverwaltung als ihr eigenes Arbeitsumfeld nicht von Rechenschieber und Rotstift verschont lassen. Auch das ist ein Stückchen Glaubwürdigkeit in die Politik.“

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

F.D.P.-Fraktion

Zustimmung zum Ruhrgebietstunnel wächst

Mit einer gewissen Genugtuung nahm der Vorsitzende der F.D.P.-Landtagsfraktion, Dr. Achim Rohde, den Vorschlag des Vorstandsvorsitzenden der Ruhrkohle, Heinz Horn, zur Kenntnis, zur Bewältigung des Verkehrs einen Autotunnel unter dem Ruhrgebiet zu bauen.

Als Rohde vor Jahren diesen Vorschlag machte, der dann auch im Juli 1991 zu einem Initiativantrag der F.D.P.-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen geführt hat, nämlich einen Tunnel unter dem Ruhrgebiet zur Ver-

besserung der Ost-West-Verkehrsinfrastruktur zu bauen, ist er nicht selten belächelt worden. Sogar die „goldene Tunnelröhre“ wurde ihm scherzhaft für diesen Vorschlag verliehen. Aber wie bei jeder Utopie kann aus Vision auch Realität werden. Beispiele dafür gibt es in aller Welt. Auch die Untertunnelung des Ärmelkanals wurde hundert Jahre lang immer wieder angegedacht, heute ist sie Realität. Ob nun die Untertunnelung von Ottawa, das Tunnelprojekt unter Paris oder der Tunnel zwischen der japanischen Hauptinsel Honsho und der Nordinsel Hokkaido zeigen: technisch machbar. Daß der Vorschlag von der Ruhrkohle wieder aufgegriffen wird, ist naheliegend, denn eine solche Untertunnelung würde sowohl in der Planungs- als auch in der Realisierungsphase erhebliche Innovationskräfte hervorbringen und zahlreiche Arbeitsplätze schaffen, die die wegfallenden Kohlearbeitsplätze mehr als

kompensieren könnten. Außerdem verfügen die Ruhrkohle und die Bergbauzulieferer über genügend Erfahrung beim Bau großer Untertageverkehrsnetze.

Hinzu kommt, daß ein derartiges Tunnelbauprojekt gegenüber oberirdischen Verkehrsprojekten folgende Vorteile haben würde:

1. weniger planungsrechtliche Hindernisse und schnellere Planrealisierung,
2. keine Akzeptanzprobleme seitens der Bevölkerung
3. keine ökologischen Bedenken,
4. Vermeidung von Enteignungsverfahren und damit zusammenhängende Kosten.

Nach Aussagen Schweizer Tunnelexperten ist mit Herstellungskosten um die 100 Millionen Mark pro Kilometer zu rechnen, im Vergleich zu den jährlichen Erhaltungssubventionen von 11 Milliarden Mark für die Steinkohle durchaus akzeptabel.

DIE GRÜNEN-Fraktion

Neues Sondermüllgesamt-konzept von Landesregierung gefordert

Nach Informationen der Grünen im Düsseldorf Landtag hat die nordrhein-westfälische Industrie ihre Pläne zum Bau neuer Sondermüllverbrennungsanlagen angesichts abnehmender Sonderabfallmengen zurückgezogen. Vor kurzem wurde der Verzicht auf den Bau der bei Schering in Bergkamen geplanten Sondermüllverbrennungsanlage bekanntgegeben. Gerd Mai, umweltpolitischer Sprecher der Grünen, rechnet damit, daß nun auch die Vorhaben zur Sondermüll-

verbrennung in Krefeld, Duisburg, Essen und Aldenhoven aufgegeben werden. Die Grünen fordern von der Landesregierung deswegen ein völlig neues Sondermüll-Gesamtkonzept. Als Anreiz für eine weitergehende Abfallvermeidung ist die Einführung einer Sonderabfallabgabe nach dem Vorbild der benachbarten Bundesländer sowie die Einführung neuer Behandlungstechnologien notwendig. Die jetzt frei werdenden Entsorgungskapazitäten sollen genutzt werden, um den immer noch stattfindenden Sondermüllexport aus Nordrhein-Westfalen umgehend zu beenden.

Vertreter von Industrie- und Entsorgungverbänden hatten auf einer Tagung des Entsorgungsverbandes NRW den erheblichen Rückgang des Sondermüllaufkommens bestätigt. In einer umfassenden Kritik der NRW-Sonderabfallkonzeption hatte auch

das Darmstädter Öko-Institut im Auftrag der grünen Landtagsfraktion die Realitätstüchtigkeit der Prognosen des Umweltministers bezweifelt: Während das Umweltministerium für NRW ein extrem hohes Sondermüllwachstum unterstellt, zeichnet sich nach übereinstimmenden Angaben der Industrie und der Grünen ein rückläufiges Sonderabfallaufkommen ab. Dies zeigen auch die vorliegenden Zahlen aus anderen Bundesländern.

Gerd Mai: „Die Landesregierung soll endlich die aktuellen Zahlen zum Sondermüllaufkommen auf den Tisch legen. Der Umweltminister hat dem Parlament bislang weder den Ergebnisbericht der landesweiten Umfrage nach dem Aufkommen industrieller Abfälle aus dem Jahre 1990 vorgelegt, noch hat er die Daten aus dem Sonderabfall-Lizenzaufkommen des letzten Jahres mitgeteilt.“

A propos „alea iacta est“

Als Caesar sich im Jahre 49 v. Chr. entschloß, den Grenzfluß Rubikon zu überschreiten, rief er die „geflügelten“ Worte „alea iacta est“ und löste damit den Bürgerkrieg aus.

Ganz so kriegerisch ging es zwar nicht zu, als Dr. Linssen (CDU) am 11. November 1993 diese Worte im Plenum des Landtags bemühte und die Übersetzung „Die Würfel sind gefallen“ gleich mitlieferte. Er bewirkte dennoch in den Reihen der Abgeordneten einen wahrhaft lateinischen Schlagabtausch: So hieß es wie aus einem Munde aus allen Fraktionen und insbesondere hartnäckig seitens der Regierungsbank (Clement) und SPD immer wieder „iacta sunt“, worauf Dr. Linssen entgegnete, „iacta est“, dies sei ein „ganz normaler Plural“. Selbst die F.D.P. entschloß sich schließlich zu einem „alea iacta sunt“, nachdem sie die Mehrheit dafür im Saal zu erkennen glaubte. Den Beweis hierfür trat Dr. Rohde unmittelbar an und warf ein: Es seien natürlich die „Augen“, auf die es hier ankomme, und bekräftigte dies mit einem „hic rhodus, hic salta“ (wörtlich: hier ist Rhodos, hier springe) zu Herrn Professor Dr. Farthmann (SPD) gewandt. Frau Höhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) band den Sack schließlich zu und betonte mit einem „quod licet bovi, non licet iovi“ (wörtlich: was dem Ochsen erlaubt ist, ist Jupiter noch lange nicht erlaubt) — sie meinte es wohl andersherum —, das große Problem sei das „Herrschaftswissen“.

Wenn man einmal davon absieht, daß Caesar nach Plutarch (II 94) den Ausspruch nicht in lateinischer, sondern griechischer Sprache getan haben soll, so steht zumindest hinsichtlich der von Sueton (Caesar 32) überlieferten lateinischen Übersetzung in der Reihenfolge „iacta alea est“ fest: Es heißt nicht „sunt“ und es handelt sich bei „alea“ auch nicht um einen „besonderen“ Plural, sondern um einen ganz „normalen“ weiblichen Singular und ist daher zu übersetzen mit: „Der Würfel ist gefallen.“

Fazit: Die CDU kam der Wahrheit zwar am nächsten. Herrn Kultusminister Schwier sollte man jedoch empfehlen, wieder mehr Latein in den Schulen unterrichten zu lassen. Dixi!

Yvonne Kempen

LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner
(Redakteurin), Telefon: (0211) 884 23 03,
884 23 04 und 884 25 45, btx: *5 68 01#

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher
des Landtags

Redaktionsbeirat: Birgit Fischer MdL (SPD),
Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt
MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer;
Hagen Tschoeltsch MdL (F.D.P.), Parlamen-
tarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler
(GRÜNE), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen
(SPD), Pressereferent; Joachim Ludwig (CDU),
Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Presse-
sprecher; Werner Stürmann (GRÜNE), Presse-
sprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung: Trittsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend her-
gestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier ge-
druckt.

Porträt der Woche

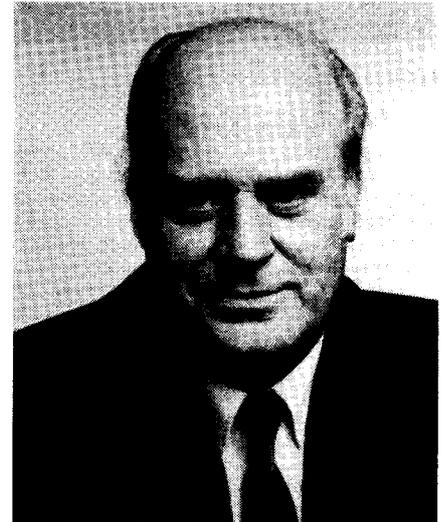
Er ist ein Vollblutpolitiker, wie er im Buche steht. Und dennoch: „Man muß wissen, wann man aufhören muß.“ Seit 25 Jahren hat Siegfried Jankowski sein Leben der Politik verschrieben. An seinem 65. Geburtstag sagte er im vergangenen Jahr, daß er auf keinen Fall ein „Vorzeige-Greis“ werden will. Aus dieser Äußerung zog er dann wenig später die Konsequenzen. Ohne Koketterie oder Verbitterung erklärte der Leichlinger Landtagsabgeordnete der SPD: „Bis 1995 will ich alle Ämter aufgeben und meine Arbeit als Politiker beenden.“ Weder für die Kommunalwahl 1994 noch für die Landtagswahl 1995 will er wieder zur Verfügung stehen. Gleiches gilt für die Ratsausschüsse und die Arbeit in der Partei.

Damit entsteht nicht nur auf kommunaler Ebene eine große Lücke, denn die SPD in Leichlingen muß erst einmal einen neuen Spitzenkandidaten für das Amt des Bürgermeisters und den Wahlkreis Jankowskis finden, der stets als Hochburg der Sozialdemokraten galt.

„Ich werde weder im Streit noch aus Resignation gehen“, betont der gelernte Chemie-Laborant, der 30 Jahre lang Betriebsrats-Vorsitzender bei der Dynamit Nobel AG und als erster Angestellter in eine solche Funktion gewählt worden war. Ausgelöst wurde sein Entschluß vielmehr durch ein Schlüsselerlebnis vor eineinhalb Jahren, denn zu diesem Zeitpunkt entdeckte der 66jährige eine neue Leidenschaft: Das Segeln. In all den Jahren hatte Siegfried Jankowski nie Zeit für seine Familie, geschweige denn für Hobbys. Das will er künftig nun nachholen.

„Auf meinem ersten Segeltörn habe ich erst einmal begriffen, wie wichtig die Gemeinschaft ist, daß man losgelöst von Problemen in Gesprächen viel Kraft schöpfen kann“, erzählt er und macht keinen Hehl daraus, daß ihn die Entwicklung in der Politik schon vor diesem Hintergrund sehr traurig stimmt. „Heute ist eine andere Generation dort am Zuge, die nicht mehr das Gespräch über die Parteien hinweg sucht. Man ist zu stromlinienförmig. Ich vermisse zunehmend das menschliche Miteinander und eine Nähe zur Bürgerschaft.“ Siegfried Jankowski ist ein Abgeordneter zum Anfassener. Rund um die Uhr nimmt er auch in seiner Heimatstadt Leichlingen am Geschehen teil, ist für den Bürger immer präsent.

Mit der Begründung „im Land kann ich mehr bewegen“, lehnte er es vor acht Jahren auch ab, in den Bundestag zu wechseln. Nicht nur kritisieren, sondern besser machen, lautete die Devise Jankowskis, der seit 1984 erster stellvertretender Bürgermeister der Stadt Leichlingen ist. Sie ebnete im übrigen auch den Weg in die Politik. Als er abends in fröhlicher Runde vor über 30 Jahren ein Ratsmitglied bzw. dessen Arbeit kritisierte, ließ dieses sich nicht lange bitten und legte Jankowski getreu nach diesem Motto sofort eine Beitrittserklärung auf den Tisch. 1960 wurde Jankowski Mitglied bei der SPD, bereits sieben Jahre später saß er im Leichlinger Stadtrat. Als er 1980 dann in den Landtag



Siegfried Jankowski (SPD)

kam, war er sieben Jahre lang noch zusätzlich bei Dynamit Nobel beschäftigt. „Es stellte sich aber eine gewisse Unzufriedenheit ein“, erinnert er sich rückblickend. Der Fulltimejob eines Abgeordneten mit drei Ausschüssen und die Tätigkeit in der freien Wirtschaft — auf Dauer war dies aus zeitlichen Gründen nicht mehr miteinander vereinbar. Siegfried Jankowski entschied sich ein weiteres Mal für die Politik.

Bis 1984 war der passionierte Tennis- und Skatspieler zudem SPD-Fraktionsvorsitzender in Leichlingen, von 1975 bis 1979 Mitglied des Kreistages im Rheinisch-Bergischen Kreis. Trotz einer Fülle von Ämtern — „von einer 40-Stunden-Woche habe ich nur geträumt“ — stand der Bürger für ihn stets im Vordergrund. Hilfesuchende waren und sind in seinen Bürgersprechstunden stets gut beraten. Sie wissen, daß dort ein Politiker Fachwissen und vor allem Zeit für sie hat.

„Heute prägen vornehmlich Profineurosen die Politik“, beklagt Siegfried Jankowski. Der Mensch stehe hilflos vor „arroganten Behörden“ und „verbeamteten Parlamenten“. Von dieser Kritik nimmt er keine politische Ebene aus — auch die kommunale nicht. „Die meisten Politiker wissen gar nicht mehr, was in den Menschen vor sich geht.“ Deshalb müßte sich auch niemand über eine gewisse Parteien- und Politikverdrossenheit in der Bevölkerung wundern. Doch so ganz wird sich der Träger des Bundesverdienstkreuzes — es wurde ihm 1991 verliehen — trotz aller privaten Pläne nicht aus dem öffentlichen Geschehen zurückziehen können. „Ganz ohne Politik geht es vermutlich nicht“, gesteht Siegfried Jankowski. Viele Parteifreunde und Leichlinger traten bereits kurz nach Bekanntwerden seines Entschlusses an ihn heran. „Vielleicht werde ich deshalb später so etwas wie ein Beraterbüro einrichten.“

Im übrigen will er zusammen mit seiner Frau dann die Freizeit auch für Fernreisen nutzen.

Andrea C. Stockhausen

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)

Zur Person

Geburtstagsliste

Vom 18. bis 25. November 1993

18. 11. **Marie-Luise Woldering** (CDU), 59 J.
 19. 11. **Siegfried Zellnig** (CDU), 52 J.
 20. 11. **Dr. Katrin Grüber** (GRÜNE), 36 J.
 22. 11. **Wilhelm Lüke** (CDU), 59 J.
 22. 11. **Karl-Ernst Strothmann** (CDU), 65 J.
 24. 11. **Norbert Burger** (SPD), 61 J.
 25. 11. **Dr. Friedhelm Farthmann** (SPD),
 63 J.

★

Johannes Rau (SPD), nordrhein-westfälischer Ministerpräsident, ist mit der Europa-Medaille der Finanzsportgemeinschaft Essen geehrt worden. Rau hat die Schirmherrschaft über die erste deutsche Skatmeisterschaft der Finanzämter in Essen übernommen. Der Vorsitzende der Sportgemeinschaft, **Werner Bessel**, sagte zur Begründung: „Wir danken dem Ministerpräsidenten, der selbst ein ausgezeichnete Skatspieler ist, mit dieser Ehrung.“

★

Bozkurt Aran, scheidender türkischer Generalkonsul in Nordrhein-Westfalen, ist mit dem Landesorden ausgezeichnet worden. Die Ehrung nahm Ministerpräsident **Johannes Rau** (SPD) vor. Rau dankte Aran, daß er in seinem Amt als „Brücke zwischen Türken und Deutschen“ gewirkt habe. Die mehr als 600 000 Türken in Nordrhein-Westfalen sollten wissen, daß sie der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung herzlich willkommen seien. Bozkurt Aran war seit 1989 türkischer Generalkonsul in der Landeshauptstadt Düsseldorf. Seit November vergangenen Jahres war er Doyen des Konsularkorps in Nordrhein-Westfalen. Am vergangenen Freitag stattete Aran auch dem Landtag seinen Abschiedsbesuch ab.

★

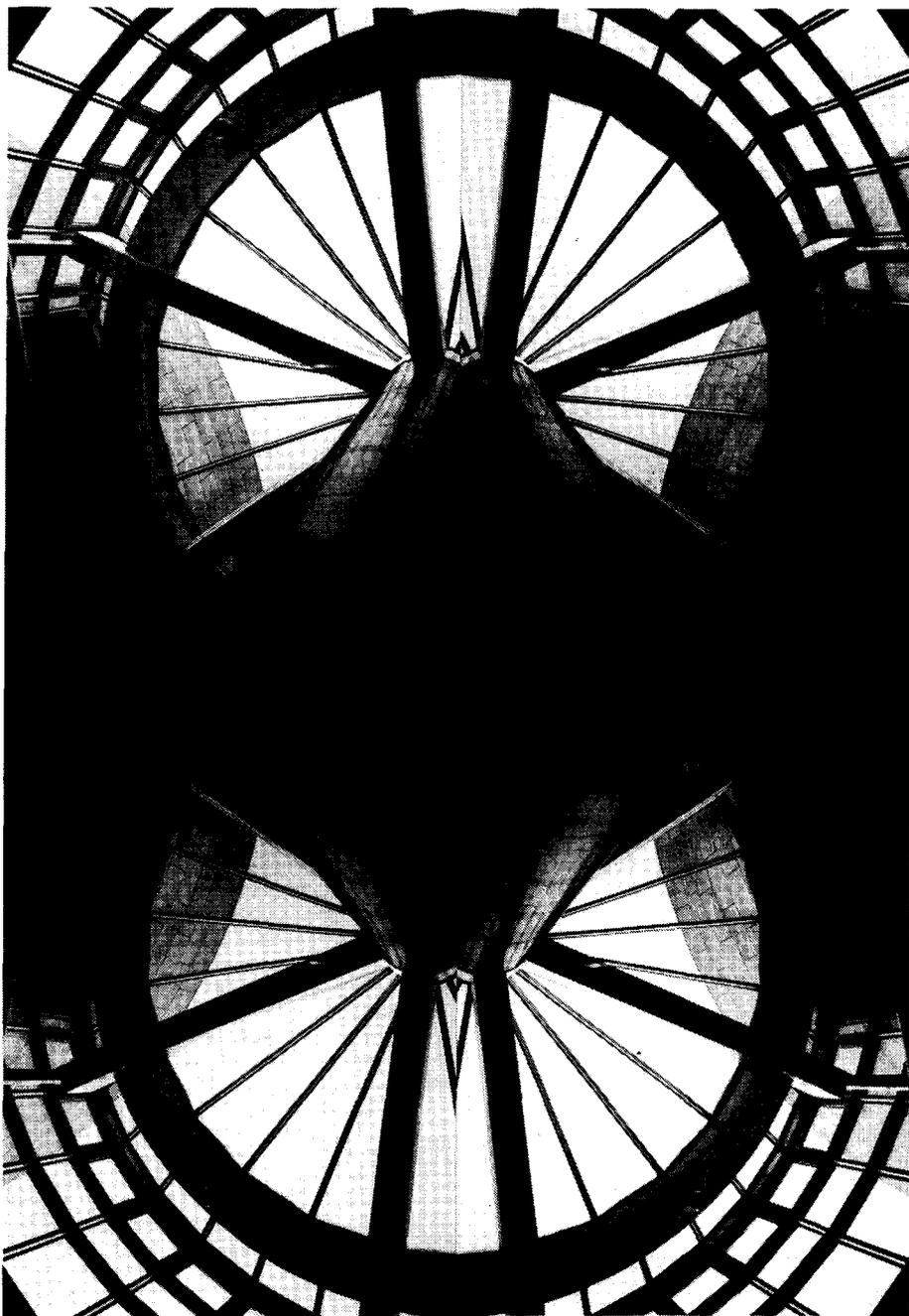
Herbert Neseke, von 1979 bis 1991 Direktor des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, ist neuer Präsident der Nordrhein-Westfalen-Stiftung. Er gehörte seit 1986 dem Stiftungsrat als Mitglied an und war seit 1990 Vorstandsmitglied. Herbert Neseke wurde im westfälischen Liehen bei Münster geboren, seit 1958 arbeitete er beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe, der ihn 1966 zum Landrat bestellte. Anfang der 70er Jahre wechselte er ins Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales nach Düsseldorf, um 1974 als Dezernent für Personal- und Organisationsangelegenheiten zum Landschaftsverband Westfalen-Lippe zurückzukehren. Neseke ist unter anderem Ehrenvorsitzender des Westfälischen Heimatbundes und stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Heimatbundes. Bei der NRW-Stiftung hat er die Nachfolge von **Dr. Diether Deneke** angetreten.

★

Fax für Paxe

„Pax-Fax“ heißt das neueste Service-Angebot des Rhein-Ruhr-Flughafens in Düsseldorf, an dem das Land NRW zur Hälfte beteiligt ist. An vier Fax-Geräten, davon drei der Telekom, haben Passagiere und Besucher Gelegenheit, Fax-Schreiben abzusenden und zu empfangen. Die Geräte befinden sich alle auf der Abflugebene. Wie die Flughafengesellschaft mitteilt, lautet die internationale Fachbezeichnung für Passagiere „Paxe“, daher die Bezeichnung „Pax-Fax“.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Ein Spiel mit Fotos vom Landtagsgebäude, vollbracht von Roswitha Reumann, der Leiterin der Gemeinschaftsgrundschule Willich, überrascht selbst Kenner und tägliche Nutzer des Hauses am Düsseldorfer Rheinufer. Mit sicherem Blick für Formen und Farben, für Licht und Geographie fing die Hobbyfotografin aus Mönchengladbach Motive ein und verschaffte ihnen durch Spiegelung und Montage eine neue, auf den ersten Blick verwirrende Realität. Der Betrachter wird gefesselt und beginnt zu rätseln über den Ort seiner Sicht. Beim Bild oben gelang Roswitha Reumann bei der Fahrt mit dem Besucheraufzug eine verblüffend schöne Komposition. Der „Landtag als Landschaft“, das inspirierte Françoise Witter vom Hückelhovener Kulturverein Canthe bei der Vernissage zu Anspielungen auf den Alltag der Politik: ein Kaleidoskop von Themen, Sichtweisen, Meinungen und dennoch Ordnung durch einen konstruktiven Dialog.